

KODAK GRAY SCALE

C

Red-Filter Negative

Cyan Printer

M

Green-Filter Negative

Magenta Printer

Y

Blue-Filter Negative

Yellow Printer

.10

.20

.30

.50

.70

M

1.00

1.30

1.60

B

1.90

black

3-color

white

cyan

violet

magenta

primary red

yellow

green

KODAK COLOR CONTROL PATCHES

These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.

Die

Braunschweigische Frage.

Ein Mahnwort

VON

Arthur Wolff.

Die
Braunschweigische Frage.

Ein Mahnwort

von

Arthur Wolff.



Leipzig 1885.

Mengersche Buchhandlung
Gebhardt & Witsch.

Seit den bekannten Ereignissen von 1866, die zur Einverleibung des ehemaligen Königreichs Hannover in die preussische Monarchie führten, hat sich dort eine Partei gebildet, deren ausgesprochenes Ziel die Restauration des Königreichs Hannover ist. Zu diesem Zweck hat sie sich auch äußerlich mit der ultramontan-polnischen Bewegung vereinigt, die zu der nationalen Wiedergeburt Deutschlands unter hohenzollernscher Führung in denkbar schroffstem Gegensatz steht. Über die Bestrebungen der Polen ist volles Licht verbreitet; sie erwarten die Verwirklichung ihrer Pläne von einem Kriege, in dem Preußen unterliegt. Daß die Ultramontanen der Überzeugung leben, nur nach einem Weltbrande, einer Revolution oder einem Kriege könne die Kirche wieder ihre ehemalige Macht und Stellung erlangen, dafür haben wir unverhüllte Aussprüche aus dem Munde ihrer Heißsporne, dafür zeugen bekannte, historisch begründete Vorgänge aus dem ersten Dezennium des deutschen Reiches, die Deutschland in Gefahr brachten, sich einer katholischen Liga gegenüber zu befinden, in welcher kirchenpolitische mit französischen Racheplänen sich verschmolzen. Auch die Arena des deutschen Parlaments hat von solchen offenen feindseligen Ankündigungen wiedergetönt. Wären es nicht gewisse Führer, die durch ihre Sprache und ihre Agitation den Gedanken an Verrat des Vaterlandes nahe legten, so würden wir gleichwohl auch zu den deutschen, wenigstens zu den preussischen Ultramontanen das Vertrauen haben, daß in der Stunde einer Krise das Wort des Herrn v. Schorlemer zutreffen würde, das er im Dezember 1883 sprach: im Fall eines auswärtigen Krieges würden die deutschen Katholiken mit den Protestanten zusammenstehen. Es ist immerhin charakteristisch, daß der ultramontane Abgeordnete die Beteuerung für nötig hielt. Auch wurde ihm darauf erwidert: diese Versicherung habe „das Verdienst, dem Auslande die Augen geöffnet zu haben; wäre doch erst vor kurzem in einem französischen Aufsatz auf den

Abfall der süddeutschen Staaten und auf eine neue Mainlinie spekuliert worden, aber vom deutsch-patriotischen Standpunkte aus könne man Herrn v. Schorlemer für seine Äußerung nicht besonders danken; was er von den Katholiken sagte, sei einfach die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit jedes Staatsbürgers“. Darauf erklärte Herr Windthorst: „Wenn man uns als Heloten behandelt, uns in kirchlicher Beziehung bedrängt und quält, dann sollten Sie angesichts dessen, was im Osten und Westen heranstürmt, Gott danken, wenn ein Mann, wie Schorlemer, der seinen Mut auf den Schlachtfeldern erwiesen, sich in dieser Weise äußert. (Zuruf: Das ist selbstverständlich!) Das ist gar nicht selbstverständlich“. Das Mitglied des münsterländerschen katholischen Abels, der, seit 1813 dem preussischen Staatswesen inkorporiert, in einem ganz besonderen Gegensatz zu diesem sich befindet, und dem oft schon nachgesagt worden ist, daß für ihn, als systematischem, intransigenten Gegner des „protestantischen“ Preußens der Kirchenkonflikt — um das Wort des Reichskanzlers zu gebrauchen — eine „Institution“ sei, deren Wegfall er, der Abel, schwer empfinden würde, sofern ihm der geistliche Nothstand des der Seelsorge entbehrenden katholischen Volkes nur eine Waffe zur Verfolgung von Parteizwecken sei — ein Mitglied dieses Abels erklärt es für selbstverständlich, daß gegen den auswärtigen Feind alle Parteien und Konfessionen zusammenstehen — der Welse Windthorst aber erklärt: das ist nicht selbstverständlich.

Nach dieser unumwundenen Rundgebung hielt es allerdings Herr Windthorst in seiner Rede aus der erwähnten Sitzung für geraten, sich auf den Unterschied zurückzuziehen, der darin bestände, ob man seine „verdamnte Schuldigkeit“ gern oder ungern thue. Er fühlte, daß er sich zu weit vorgewagt hatte, und mußte sich beeilen, die exponierte Position wieder zu maskieren.

Wir sagten: es wären gewisse Führer, deren Sprache und Agitation den Patriotismus der deutschen Ultramontanen kompromittiert. Es ist vor allem ein Welse, mit seinem heimatlichen Anhange, dessen Treiben dem Gedanken der deutschen Nation an ihre Zukunft immer die Besorgnisse vor der durch einen innern Feind sie bedrohenden Gefahr beimischt. Unfre Ultramontanen, selbst unfre Polen haben innerhalb der Parlamentsschranken oder außerhalb derselben, in der Presse, in Versammlungen, in der Agitation überhaupt, mit einigen Ausnahmen, nicht so verräterische Andeutungen gemacht, oder so offen den Patriotismus

verleugnet, als das seitens der Welsen geschehen ist. Auch ist der Anteil der Deutschen, speziell des preussischen Ultramontanismus in der Verschwörung des katholischen Auslandes gegen Deutschland in den ersten Jahren des vergangenen Decenniums noch ein unerwiesener, während für die faktische Konspiration der Welsen mit dem Auslande bereits große Stöße von aktenmäßigen Belegen vorliegen, die aller Welt bekannt sind, nämlich aus den Jahren 1867 und 1868.

Gewiß führen die Welsen heute in ihren amtlichen und öffentlichen Dokumenten jene diplomatische Sprache, deren Verleugnung eine politische Unklugheit wäre. Was sie als ihr offenes Ziel erstreben, wissen wir aus fortwährend wiederkehrenden Erklärungen in der Presse und anderswo. In dem Wahlausruf der Welsen vom Sommer 1881 hieß es:

„Wir Mitglieder der deutsch-hannoverschen Partei stehen, was die Einverleibung des Königreichs Hannover in das Königreich Preußen, die Entthronung des angestammten Fürstenhauses und die Beseitigung der selbständigen Verfassung des hannoverschen Landes betrifft, unverändert auf dem Boden der Überzeugung, von welcher unsre Partei bisher getragen und geleitet ist; und wir halten fest an dem Wunsche wie an der Hoffnung einer Wiederherstellung des Königreichs Hannover, tief davon durchdrungen, daß auch dem gesamten Deutschland ein selbständiges Königreich Hannover viel besser dienen würde, als ihm eine annectierte Provinz Hannover je dienen kann Dem neuen Deutschen Reiche und der Einfügung eines wiederhergestellten Königreichs Hannover in dasselbe widerstreben wir übrigens, der großen geschichtlichen Entwicklung uns fügend, nicht. Einer fortschreitenden, die Freiheit und Mannigfaltigkeit deutschen Lebens zerstörenden Verpreußung Deutschlands dagegen, werden wir auf Schritt und Tritt uns entgegenstellen“.

Zwar äußerte der Ausruf sich über die Mittel, die Zwecke der welschen Partei zu fördern, nichts weniger als energisch oder zuversichtlich wie folgt:

„Mittel der Gewalt, namentlich Krieg und Revolution, weisen wir dabei von uns ab; wir werden aber fortfahren, unsre Überzeugung und das Ziel unsres Strebens offen zu bekennen, dem allmächtigen Gott anheimstellend, wann und wie es ihm gefallen wird, die Herzen zu dem zu bekehren, womit allein die Gerechtigkeit

keit erfüllt und sonach der Grund fest gemacht werden kann, außer dem kein anderer Reiche und Staaten sicher zu tragen vermag".

Aber man würde sich sehr täuschen durch die Annahme, daß auch bei der Agitation in der hannoverschen Bevölkerung dieser Ton der Ergebung angeschlagen werde; es sind ganz andere Mittel, durch welche noch 20 Jahre nach der Einverleibung in Preußen die Mehrheit der hannoverschen Wahlkreise bei der welfischen Fahne festgehalten wird. Die Kandidaten aber, welche auf Grund des erwähnten Wahlaufspruchs empfohlen wurden, waren außer den Herren Windthorst und Brüel durchweg Mitglieder der hannoverschen Ritterschaft. Die liberalen und demokratischen Elemente, welche früher an der parlamentarischen Vertretung der Partei teilnahmen (Nieper, Eichholz u.), sind sämtlich durch den Tod ausgeschieden; abgesehen von einem oder zwei Agitatoren in der Stadt Hannover, ist die Führung der ursprünglich ziemlich bunten welfischen Kandidaten durchaus in die Hand der Ritter übergegangen, neben denen Herr Brüel das frondierende Lutherium und Herr Windthorst den Ultramontanismus vertritt.

In seinen Einzelheiten macht das Wahlprogramm von 1881 den Versuch, ein konservativ-soziales Bekenntnis zu vereinigen mit einigen Sätzen, in denen die Opposition gegen die „Verpreußung“ Ausdruck finden soll: Herabsetzung des Militäretats, Schutz der Soldaten gegen Ausschreitungen der Vorgesetzten u. Indes das ist alles nur Aushängeschild. Das Wesen der welfischen Agitation besteht darin, jeden Übelstand als Folge der „preussischen Herrschaft“ darzustellen, alles Heil von der Wiederherstellung des Königreichs Hannover zu prophezeien und auf diese Weise, wie man glaubt, einen Pfahl im Fleische des preussischen Staates festzuhalten.

Daß es sich dabei nicht bloß um Befriedigung des Hasses gegen Preußen, sondern um die Vorbereitung der Gemüter für irgend welche Krisen handelt, in denen der Kampf gegen die preussische Herrschaft eröffnet werden kann, darüber wird man durch die Versicherung, man wolle nur auf gesetzlichem Wege die Wiederherstellung Hannovers erreichen, sich nicht täuschen lassen. Wir haben es erst im Herbst v. J. gehört, wie ein welfischer Agitator in eine Wahlversammlung das Wort geschleudert hat: „Da Preußen dem Herzog von Cumberland nicht freiwillig den Thron anbieten wird, so müssen Verwickelungen nach außen benutzt werden, um es zur Wiederherstellung Hannovers zu zwingen“.

Ähnliche Kraftausprüche hat man gerade in jener Zeit, wo die Präbidentenschaft des Herzogs von Cumberland nach dem Tode des Herzogs von Braunschweig auf der Tagesordnung stand, wiederholt gehört. Und wenn auch die Autoren solcher Kundgebungen hinterher an der buchstäblichen Genauigkeit ihrer Ausprüche gedeutet haben, so ist ihnen doch nur der Beweis gelungen, daß sie es verstehen, ihren hochverräterischen Gedanken einen Ausdruck zu geben, der sie vor Verfolgung schützt. Die Sozialdemokraten behaupten auch, daß sie ihr Programm, die Abschaffung des Königtums, die Aufhebung des Eigentums, der Ehe und Familie auf gesetzlichem Wege anstreben wollen. Es wird dies eben nur vorgeschützt, um die Vorbereitung des gewaltsamen Weges betreiben zu können, ohne durch gesetzliche Repression gestört zu werden, und letzteres gelingt, solange der Buchstabe und nicht der Geist die richterliche Entscheidung leitet.

Vor einigen Jahren sagte der Abg. Brüel im deutschen Reichstage: „Darf eine Regierung, die den Kulturkampf begonnen hat, sich über Mangel an Religiosität beklagen? Eine Regierung, die Fürsten depossidiert, Volksstämmen ihre Selbständigkeit nimmt und Privatvermögen konfisziert? Können in einem Lande, wie Hannover, die Gefühle für den jetzigen Herrscher innige sein? Müssen sie nicht an diejenigen erinnern, die unter der Fremdherrschaft Napoleons herrschend waren? (Große Unruhe! Glocke des Präbidenten.) Hier gibt es für uns nur Umkehr, sonst gehen wir weiter auf dem Wege zur offenen Revolution. (Beifall im Zentrum, Zwischen rechts und links.) Es gab damals im Lande Hannover einen Beifallsturm, der dem „Mute“ des parlamentarischen Helden galt, welcher sich nicht gescheut hatte, die Gefühle der Welsen so offenerzig auszudrücken. Wir wollen, indem wir daran erinnern, die Bemerkung nicht unterdrücken, welche ein Berliner gouvernementales Blatt zu solcher Feier des Mutes des Abg. Brüel machte. „Gehört denn jetzt, sagte dasselbe, in der That Mourage dazu, solche Dinge zu sagen? Was geschieht denn dem Herrn Brüel von der preussischen Regierung? Er genießt seine sehr hohe Pension oder sein sehr hohes Wartegeld und lebt nach seinem Geschmacke, und entsprechend seinem seit jeher nörgelnden, launischen Wesen als Märtyrer herrlich und in Freuden. Zu den gelobten hannoverschen Zeiten wäre das nie möglich gewesen. Da hätte Herr Brüel nach der berühmigten Borries'schen Verordnung vom 14. Januar 1857, betreffend die Unterordnung

pensionierter und auf Wartegeld stehender königlicher Diener (b. h. Staatsdiener), längst seine Pension verloren. Ob, wenn diese hannoverschen Grundsätze zur Anwendung gebracht würden, Herr Brüel auch wohl noch den „Mut“ hätte? Schwerlich, er würde sich drücken, wie unter dem Borriesschen Regime sich damals fast alle diese welfischen Herren drückten.“

Vermutlich würden Herr Brüel und andere sich auch „drücken“, wenn es einmal darauf ankäme, von dem Mute des Wortes zum Mute der That überzugehen. Deswegen ist ihre systematische Verhegung der Gemüter in der Provinz nicht unschuldiger. Wollen diese Herren, die da von napoleonischer Fremdherrschaft sprechen, der Bevölkerung dadurch den „geseglichen Weg“ zur Abschüttelung des preussischen Joches, den sie sonst immer betonen, plausibler machen?

Aus der Nachsicht Preußens, aus der Schonung des Landes in seinen Eigentümlichkeiten und der Rechte jedes Einzelnen hat die welfische Selbstüberhebung ihre beste Nahrung gezogen. Wir sagen: Selbstüberhebung. Ist das doch der dominierende Charakterzug des Welfentums. Man weiß, welche Vorstellungen von der Bedeutung seines Staates der König Georg hegte; er pflegte von seinen „alten“ und seinen „neuen“ Provinzen zu sprechen; unter den ersteren verstand er die Länder Kalenberg, Lüneburg u. s. w., unter den „neuen“ Provinzen Hildesheim und Ostfriesland, und der Gedanke, daß zu den 2 Millionen Hannoveranern noch 300 000 Braunschweiger hinzukommen sollten, raubte ihm vollends die Fähigkeit zur Beurteilung der Machtverhältnisse in Deutschland. Der Untergang dieses „Welfenreiches“ als selbständigen Landes, das Verschwinden des ganzen Wahngelbildes eines „Mittelreiches“, wie König Georg in seiner Phantasie es sich emporgeschwindelt, und wie ers von seinen Präkonen aller Orten, besonders aber zwischen den gelbweißen Grenzpfählen selber hatte preisen lassen, hat nicht bloß berechtigten Schmerz, es hat den angeborenen Troß des Welfentums in die Schranken gerufen. Die schwer verletzte Selbstüberhebung führt eine Sprache, wie wenn ein Welfe von ganz anderm Blut und Fleisch wäre, als ein gewöhnliches Menschenkind. Deutsch ist bei ihnen das Blut nicht. Es ist gallisch.

„Die Ehre Frankreichs ist von der Ehre anderer Nationen nicht verschieden,“ sagte Fürst Bismarck zu Jules Favre. Es ist die besondere Ehre, die Frankreich für sich in Anspruch nimmt,

welche ihre Revanche-Politik leitet, und die gleich bei der Abtretung Elsaß-Lothringens ihren Kanon aufstellte. Es ist die besondere Ehre, worauf Frankreich das Prinzip der Unverletzlichkeit seines Gebietes stützt, welches es schon 1815 auf dem Wiener Kongreß aussprach, und jetzt nach dem Kriege von 1870/71 abermals proklamiert hat. Eine ähnliche gleich naive Annahme findet sich bei unsern Welsen. Sie haben auch ihre besondere Ehre, sie stützen sich ebenfalls auf das Prinzip der Unverletzlichkeit ihres Gebietes, halten das Kriegsrecht für vortrefflich, so lange es zu ihren Gunsten spricht, und schreien laut auf, wenn es gegen sie angewendet wird. Dann soll es ein „Rechtsbruch“ sein. Darauf beruht noch heute ihre Haltung, ihr Ingrimm gegen Preußen, ihr Widerstreben gegen die neue Ordnung der Dinge, ihre Hartnäckigkeit, mit der sie bis zur Konspiration mit dem Auslande die Losreißung von Preußen verfolgen. Sie hätten sich keinen Augenblick besonnen, um schnell zuzugreifen, wenn etwa Preußen im Jahre 1866 der unterlegene Teil gewesen wäre. Sie hätten ganz skrupellos ihr Gebiet auf Kosten Preußens arrondiert und das für ebenso unantastbares Recht angesehen, wie sie dasjenige, das Preußen für sich in Anspruch genommen hat, gewalthätig und abscheulich finden. Nun ist ja eine rückwärtslose Geltendmachung des Kriegsrechts, so unanfechtbar sie unter dem formalen Gesichtspunkte und das Gegenteil von einem Rechtsbruch ist, immerhin etwas, das man unter Umständen als Mangel an Großmut, an politischer Klugheit, an Schonung berechtigter loyaler Gefühle beklagen und anklagen kann. Aber ist denn auf preußischer Seite nicht zuvor die Geduld von welscher Annahme und welschem Troste bis zum tiefsten Grunde erschöpft worden, ehe dem Kriege sein Recht gelassen und die Annexion beschlossen wurde? Die Verhandlungen Preußens mit Hannover vor dem Kriege von 1866 zeigten ein Übermaß von Entgegenkommen bis zur Gefährdung der eigenen Sicherheit hin. Als der preußische Gesandte, Prinz Hohenburg, sich am 15. Juni zu einer erbetenen Audienz nach Herrenhausen begeben hatte, begegnete ihm in der Vorhalle die Königin, welche ihn aufforderte, ihren Gemahl mit seinem Ansinnen eines Nachgebens nicht länger zu belästigen. „Der König läßt sich von Preußen nicht mediatifizieren, er kann die Bündnisvorschläge nicht annehmen, gehen Sie.“ Dasselbe sagte nachher der König dem Gesandten. Preußen ließ sich dadurch nicht abschrecken, es vermittelte mittelst des Te-

legraphen weiter bis Mitternacht, es beharrte bei seinem friedlichen Anerbieten. Alles umsonst. Der blinde König zog durch die preussische Provinz Sachsen, um nach Bayern zu gehen. Er fand den Weg durch preussische Truppen verlegt. Der Herzog von Koburg legte sich ins Mittel, und König Wilhelm blieb in Rücksichtnahme und Schonung unerschöpflich. Er schickte von Berlin aus einen Offizier, der dem König Georg die ehrenvollsten Bedingungen stellte, wenn er nur neutral bliebe. Nahm der König die Bedingungen an, so blieb ihm sein Welfenthron gesichert, verwarf er sie, so war er ein König ohne Königreich. Er verwarf sie, beharrte auf der bedingungslosen Gewährung des Durchzugs nach Bayern, wandte sich mit seiner Armee wieder nordwärts und lieferte der preussischen Landwehr die Schlacht von Langensalza. Auch jetzt noch erhielten er und der Kronprinz freien Abzug, aber von einer Garantie des Besitzstandes und der Souveränität war natürlich keine Rede mehr. Soll es keine Vergeltung für Übermut und unnütz vergossenes Blut geben? Für jenen Übermut, der sich sagt: „Geht die Sache gut, desto besser, dann wehe dem Besiegten; geht sie schlecht, nun, dann darf uns kein Haar gekrümmt werden!“

Dem Troste, mit dem die Welfen zum Kriege von 1866 gebrängt haben, „kommt nur die Annäherung gleich“, mit der sie hinterher, nachdem ihnen ihr Recht geworden ist, über Rechtsbruch zu lamentieren, und gegen diesen angeblichen Bruch jedes Mittel der Abhilfe für erlaubt ansehen, bis zum Verrate am großen deutschen Vaterlande. Die Altstücke, die die Nordd. Allg. Ztg. erst im vorigen Herbst bei Gelegenheit der auf die Tages-Ordnung gesetzten welfischen Thron-Kandidatur veröffentlichte, müßten doch wohl selbst da, wo es noch keine offenen Augen für die welfischen Umtriebe gab, die welfische Dynastie samt ihren Anhängern für immer in der Meinung der Deutschen vernichten, soweit sie überhaupt noch eine Stelle darin haben. Wie sagte doch Bismarck in jener Rede vom Januar 1869? „Vergegenwärtigen Sie sich den Eindruck, den es in Spanien, wie in Rußland, in England, Frankreich, Ungarn, Dänemark machen würde, wenn dort jemand erklärte, er wolle seine partikularistischen Gelüste, seine Familien- oder Partei-Interessen mit ausländischer Hilfe durchführen, wenn er darauf hinarbeitete, daß die Fluren seines Vaterlandes getreten würden von siegreichen ausländischen Kriegsheeren, daß seine eigene Heimat in diese Unterjochung verfalle,

wie wir sie im Anfange dieses Jahrhunderts in Deutschland erlebt haben. . . . Nehmen Sie an, eine Partei, eine Klique hätte dort die Freiheit, sich zu solchen Bestrebungen offen zu bekennen, — solche Leute würden überall erstickten unter der zermalmenden Vernichtung ihrer Landsleute. Nur bei uns ist es nicht so; bei uns erliegen sie nicht der Vernichtung, sie tragen die Stirne hoch, sie finden öffentliche Verteidiger bis in diese Räume hinein.“ — Nämlich bis in das Abgeordnetenhaus und den Reichstag hinein. Ganz gewiß, dort sitzt ja Windthorst, dort sitzen seine Getreuen. Sie tragen alle die Stirne hoch.

Die Geselligkeit der Mittel, auf welche die die Restauration des Königreichs Hannover erstrebenden Welfen pochen, erhält eine sonderbare Beleuchtung durch die Feldzüge, die sie bereits zweimal mit den Waffen in der Hand gegen die „preussische Herrschaft“ unternommen haben. Der erste Feldzug wurde eröffnet auf Grund der Kriegsaussichten, welche durch die Luxemburger Frage im Jahre 1867 hervorgerufen worden waren. Damals vollzog sich die längst vorbereitete Emigration einer großen Anzahl Hannoveraner nach Holland und von da nach der Schweiz, wo ihnen eine militärische Organisation behufs ihres Eingreifens in einen französisch-preussischen Krieg gegeben wurde. Die Sache des Alliierten Frankreichs vertrat das mit welfischem Gelde unterhaltene und von französischen Federn bediente Blatt „La Situation“ in Paris. Es war dazu bestimmt, die europäische Unruhe zu schüren, die Solidarität des Partikularismus, Radikalismus und Ultramontanismus mit den französischen Interessen herzustellen und den Krieg gegen das eigene Vaterland zu predigen. Wer über die „gesellichen Mittel“, mit denen die Welfenpartei agitiert, sich näher unterrichten will, der muß einige Nummern dieses Pariser Blattes (es existieren noch solche) in die Hand nehmen und sich speziell die Korrespondenz aus Hannover ansehen. Die Berichterstatter von da bemühen sich vor allem, die öffentliche Meinung in Frankreich davon zu überzeugen, daß der Weg für einen französischen Einfall durch „die brutale Preußenwirtschaft“ vollständig geebnet sei. Es wird beispielsweise erzählt, „die ländlichen Tagelöhner würden dadurch brotlos gemacht, daß die preussische Militärverwaltung den Bauern zur Einbringung der Ernte für einen billigen Preis Soldaten vermiete; daß sie diejenigen Besitzer, welche welfischer Gesinnung seien, mit den härtesten Kontributionen belege u. s. w. Die Gelbgier der

Preußen, heißt es an einer Stelle, geht so weit, daß sie sogar das Grabgewölbe in Herrenhausen zweimal haben öffnen lassen, in der Hoffnung, den hannoverschen Silberchatz zu finden.

Man richtet sich hier nach und nach auf einen Krieg ein, wird in einem anderen Berichte behauptet. Die Spannung der Gemüther ist aufs äußerste gestiegen und man sieht erwartungsvoll einer jeden Nachricht aus Frankreich entgegen, die Hoffnung auf eine Erlösung der Leiden des hannoverschen Volkes bringt.“ In den schärfsten Ausdrücken wird die zögernde Haltung Frankreichs verurtheilt. „Die jüngsten friedlichen Expektorationen des „Moniteur“, schreibt ein welfischer Korrespondent, machen in sämtlichen geknebelten Ländern Deutschlands einen höchst widerwärtigen Eindruck. Kaum hat die französische Regierung einen Schritt vorwärts gethan, der die Hoffnung auf Erlösung von dem Joche, unter dem sie schmachten, neu belebte, so weicht sie plötzlich über Nacht, entschuldigend und Abbitte thuend, zurück und hinterläßt in den Gemüthern der deutschen Bevölkerung den Eindruck politischer Planlosigkeit und Unzuverlässigkeit“.

Um den Franzosen Mut zu machen, wird ihnen die Überlegenheit des Chassepotgewehres gegenüber dem preussischen Zündnadelgewehre vorgehalten. Andererseits werden sie durch Nachrichten über große Transporte von Truppen und Kriegsmaterial nach Köln und Deuz an die Notwendigkeit schnellen Handelns erinnert. Auch an strategischen Vorschlägen über die Art der Kriegsführung fehlt es nicht. „Von Cuxhafen würde sich nach zwei Seiten operieren lassen. Einestheils in der Richtung nach Bremen und andererseits gegen Harburg. Beide Operationen würden die französische Armee in den Besitz der Bahnen bringen, während einige wenige Kriegsschiffe genügen würden, den Verkehr mit den übrigen Provinzen über Hamburg zu hemmen. Die Elbe bietet bis nach Hamburg hinauf genügenden Spielraum für die größten Kriegsschiffe und es würde dadurch eine Hauptverkehrsader für die preussische Armee abgeschnitten. Die Befestigungen an unsrer hannoverschen Küste sind nicht belangreich. Das hannoversche Volk würde schon dafür Sorge tragen, daß seinen Befreiern nicht zu große Hindernisse im Wege stehen.“

Bei der Schilderung der Geburtstagsfeier des „Kronprinzen von Hannover“ wird mit besonderer Befriedigung hervorgehoben, daß in den Toiletten der Damen nur die Farben des Hauses Hannover und die Tricolore Frankreichs vertreten gewesen seien.

Mit bezug auf das dem Herzog von Cumberland von der Welfenpartei gestiftete Geburtstagsgeschenk, einen Kavalleriedegen, an dessen Spitze der Name Langensalza eingraviert ist, heißt es: „Die Bedeutung dieses Geschenks tritt gegenwärtig, da der Krieg zwischen Frankreich und Preußen nur noch eine Frage der Zeit zu sein scheint, um so mehr hervor, und es ist wohl nicht schwer zu erraten, gegen wen die Spitze des Degens, welcher vom hannoverschen Volke seinem Kronprinzen in die Hand gegeben wird, sich kehren soll“.

Herr v. Bennigsen und seine Partei werden einer sehr abfälligen Kritik unterzogen. Das Ausland möge sich nicht täuschen, schreibt ein Korrespondent der Situation, die kleine Partei, die die Gesinnung des Volkes darstellen will, ist nicht aus dem Volke selbst hervorgegangen. Bezüglich Bennigsens heißt es in einem andern Bericht: „seit seinem Verrat an König und Vaterland wagt er hier in Hannover niemand mehr gerade anzusehen; er geht einher, als schämte er sich selber vor den Häusern und Steinen Hannovers!“ Ein andres Urtheil ist auch wohl kaum zu erwarten von einer Partei, die zu ihren eifrigsten und angesehensten Mitgliedern einen Mann zählte, der im April 1867 an den Adjutanten des Marschalls Canrobert schrieb: „ich hoffe, daß ich mich bald an Ihrer Seite befinden werde, um auf dem Schlachtfelde den Schimpf zu rächen, den diese teuflischen Preußen unsrer Armee in der Würde und Größe ihres Landes zugefügt haben. v. Düring.“

Mit französischen Bajonetten sollte also dem Könige der verlorene Thron wiedererobert werden. Aber die französische Regierung zögerte und es galt daher vor allem, die öffentliche Meinung in Paris zu erregen. „Der Konflikt mit Preußen“, schreibt ein welfischer Agent, „ist nun einmal schlechterdings nicht zu umgehen, will Frankreich sich nicht ohne Widerstand ergeben. Jede Verschiebung desselben aber erschwert ihn für Frankreich. Für denjenigen, der sich die Sachlage klar macht, kann es daher bei den lauten Friedensforderungen der Völker sich nur darum fragen, wie man es zu machen habe, daß diese die Unvermeidlichkeit des Kampfes einsehen und erkennen, daß Preußen allein der Schuldige sei. Dazu gibt es nur eins: den thatsächlichen Beweis, und dieser kann nur dadurch geliefert werden, daß Preußen den Versuch macht, gegen die Selbstbestimmung eines andern Volkes einzuschreiten. Erhebt sich Baden, so wird und

muß der Schwiegervater in Berlin versuchen, die ihm sich entringende Beute festzuhalten. Denn das eisengepanzerte Veto Frankreichs, und die ganze Welt stellt sich auf des letzteren Seite. Das können wir bieten, wenn man in Paris fest entschlossen ist und Beweise dafür gibt“.

Der bezeichnete Agent hatte die Aufgabe, „Nord- und Süddeutschland zu bereisen, um das gänzlich entmutigte Volk aufzurütteln“. Seine Berichte sind voll Verheerungen. Er schreibt von dem Erfolge des welfischen Geldes bei den Wahlen, rühmt sich, in der Lage zu sein, jeden Tag die Bevölkerung des Schwarzwaldes massenhaft gegen Karlsruhe zu führen und die dortige Regierung zu vertreiben, und hebt besonders seine Erfolge bei der demokratischen Partei hervor. Auch die katholischen Bestrebungen sucht er zu Gunsten der Sache des Kriegs zu fruktifizieren. „Allerdings ist es nicht leicht, heißt es an einer Stelle, die feindlichen Brüder, Demokratie und katholische Partei, zu vermögen, wenigstens gleichzeitig und gleichmäßig den Kampf gegen den gemeinsamen Feind zu eröffnen“. Indes glaubt der Bericht-erstatte, der sich selbst als Demokrat bekennt, daß, wenn die katholische Geistlichkeit an ihrer Forderung einer Trennung von Kirche und Staat mit Konsequenz festhalte, die größten politischen Umwälzungen zu gewärtigen seien.

Noch in späteren Berichten zeigt sich, welche Hoffnungen man in die deutsche Demokratie setzte. „Man möchte gern,“ schreibt ein Agent aus Paris, „Süddeutschland von Preußen los trennen, scheut jedoch vor den Kosten zurück, wenigstens haben alle neuen Verhandlungen, welche ich mit Gramont selbst habe, noch keine Entscheidung herbeigeführt. Von den süddeutschen Regierungen ist nichts zu erwarten, also muß durch das süddeutsche Volk gewirkt werden, damit dieses seine Regierungen zwingt, sich von Preußen loszusagen. Man erkennt hier dies alles an, allein man ist sehr langsam, bis es zu spät ist.“

Besonders thätig erweist sich ein Agent, dem die Aufgabe zugefallen war, in Hessen die demokratische Partei zu revolutionieren. Von der nationalliberalen Partei schreibt derselbe: „Diese Gesellschaft ist von nationalen Eseln dermaßen vor den Kopf geschlagen, daß das Gehirn gelitten hat; sie sind demnächst auch im Volke sicher verloren, da sie ohne Zweifel die Rockschöke Sr. Excellenz Bismarck nicht aus den Händen lassen werden und der Duff und Rimbus dieses Bombardierkäfers sie ohne Zweifel

völlig betäuben wird". Von den hessischen Demokraten heißt es, daß dieselben den Kurfürsten mit seinen sämtlichen Fehlern lieber nehmen würden, als preußisch bleiben. „Die Führer dieser Partei sind bereits zu dem Resultate gekommen, daß eine Abhilfe der augenblicklichen Cäsarenwirtschaft aus dem Volke heraus unmöglich sei, sie erklären bereits eine Einmischung Frankreichs für notwendig und riskieren vereinzelt bereits gern dafür das linke Rheinufer.“ Auch mit der Sozialdemokratie wurden Verbindungen zu dem Zwecke angeknüpft, um die Kräfte dieser Partei bei einem demnächstigen Kriege Frankreich zur Verfügung stellen zu können.

Niemals ist dem deutschen Namen eine größere Schmach angeheftet worden, als durch den damaligen welfischen Appell an die Einmischung Frankreichs in deutsche Angelegenheiten. Über wenige bestochene Kreise hinaus stieß das welfische Gebahren, wie es in der „Situation“ hervortrat, bei den Franzosen selber auf Hohn und Spott. Ein französisches Blatt widmete der untergegangenen Welfin folgenden Nachruf: „Dieses kriegerische Journal ist eines schönen Morgens plötzlich verschwunden, ohne daß man recht weiß, warum. Das Geheimnisvolle war ihm überhaupt eigen. Der Mann, der das Geld dazu hergab, schien wunderbar reich zu sein, die Kasse wurde niemals leer, die Redakteure wälzten sich im Golde, und doch waren die Abonnenten nicht reichlich. Die „Situation“ bewohnte ein glänzendes Quartier in der Rue Montmartre. Es waren da Kunstbronzen auf den Kaminsimsen, Teppiche auf dem Boden und Überzüge auf den Sesseln; solch einen Luxus findet man selten in den Redaktionszimmern. Jeder Redakteur hatte einen Salon, ein Arbeitskabinett, und ich glaube sogar ein Toilettenzimmer; ich weiß, daß ich durch eine Küche gekommen bin. Das Wort „Situation“ war in großen Buchstaben über alle Thüren geschrieben und auf allen Möbeln eingeschnitten, sogar mit weißen Buchstaben auf die Kohlenfäcke gemalt. Eines Morgens aber kam ein Mann, ganz in schwarz gekleidet — und der Endspruch lautete: Morgen wird die „Situation“ aufhören zu erscheinen.“

Der erste Feldzug war gescheitert. Ein zweiter sollte ihm bald folgen. Sedan vernichtete die Zirkel zweier deutschen Staatsmänner und ehemaliger Minister. Der eine, Herr von Beust, zog sich vor dem alle seine Pläne zerschmetternden Schlage allmählich in sein Nichts zurück. Der hannoversche Exminister fühlte sich jetzt dagegen zur Führung der in

der Nation verborgenen feindlichen Mächte wider das neue Deutschland berufen, indem er die Parole dieser Mächte wechselte. Hatte Sedan bewiesen, daß dem verhassten Preußen nicht mit Wassergewalt beizukommen sei, so galt es jetzt, dem auf dem Schlachtfelde siegreichen Preußen eine geistige Gewalt, die Kirche, auf den Leib zu schicken. Während unter dem Eindrucke von Sedan, unter Glockengeläut und den Tönen der Wacht am Rhein, unter Bannerwehen und Becherklingen Deutschland dem sorglosen Taumel sich ergab, warb Herr Windthorst seine Scharen für den Kreuzzug, und bereits im November 1870 blickten die Wände des Saales der preussischen Abgeordneten am Dönhofsplatz in Berlin auf eine funkelnelagelneue parlamentarische Fraktion von 60 Mann, von der niemand wußte, was sie wollte. Dieselbe Fraktion trat im März 1871 verstärkt im ersten deutschen Reichstage auf, und jetzt wußte man, was sie wollte.

An der Spitze der Zentrumsparthei, welche sich als Vertreterin der Kirchen-Interessen der deutschen Katholiken geberdet, hat der welfische Führer es verstanden, rein politische Gesichtspunkte in der Partei zu den maßgebenden zu machen, die mit den wirklichen Interessen der römischen Kirche absolut nichts zu thun haben, deren leidenschaftliche Geltendmachung aber von vornherein den kirchlichen Kampf verbittert und vergiftet und damit der katholischen Bevölkerung unsäglich Schaden bereitet hat.

Die schlaue und künstliche Vermischung der ultramontanen Interessen mit denen des früheren (streng lutherischen) welfischen Fürstenhauses, die Leitung der ganzen Partei durch einen in allen Künsten und Wegen der Politik bewunderten Welfenführer hat die schweren und verhängnisvollen Verirrungen der Partei und das gehässige Treiben ihrer Presse herbeigeführt.

Fürst Bismarck hat auf die Gefahren, welche jene sonderbare Vermischung der Interessen in sich barg, vom ersten Augenblicke an bestimmt hingewiesen. In der ersten Rede, welche er über die katholische Bewegung, über „die Mobilmachung der Partei“ hielt (im Januar 1872), sagte er: bei der Rückkehr aus Frankreich habe er sich gefragt, ob dieses streitbare Korps mit der Regierung oder gegen die Regierung werde gehen wollen. Er sei zweifelhaft geworden, als er die Wahl der Führer gesehen habe, als ein so kampfbereites und streitbares Mitglied (wie der Abg. Windthorst) sofort an die Spitze trat, ein Mitglied, welches von Anfang an, ungern und mit Widerstreben der preussischen Gemeinschaft bei-

getreten sei, das niemals durch seine Haltung bekundet habe, daß es diesen Widerwillen überwunden habe, ein Mitglied, von dem es zweifelhaft sei, ob ihm die Neubildung des deutschen Reiches willkommen sei. Der Reichskanzler sagte dann weiter: „Wie ich ferner gefunden habe, daß die Fraktion im Reichstage sich bereitwillig Elemente aneignete, deren fortbauender prinzipieller Widerspruch gegen den preussischen Staat und gegen das Deutsche Reich notorisch war, Protestanten, die nichts mit dieser Partei gemein hatten, als die Feindschaft gegen das Deutsche Reich und Preußen, in ihre Mitaufnahme, daß sie Billigung und Anerkennung fand bei allen den Parteien, die, sei es vom nationalen, sei es vom revolutionären Standpunkte aus, gegen den Staat feindlich gesinnt — da bin ich mir immer klarer in der Besorgnis geworden, daß wir durch diese Partei zu der bedauerlichen Situation kommen würden, in der wir uns befinden.“

Einige Zeit darauf wiederholte Fürst Bismarck dieselben Besorgnisse. „Sie werden“, rief er dem Centrum zu, „zum Frieden mit dem Staate leichter gelangen, wenn sie sich der welfischen Führung entziehen, und wenn Sie in Ihre Mitte namentlich welfische Protestanten nicht aufnehmen, die gar nichts mit Ihnen gemein haben, wohl aber das Bedürfnis haben, daß in unserm friedlichen Lande Streit entstehe; denn die welfischen Hoffnungen können nur gelingen, wenn Streit und Umsturz herrscht.“

Die Zentrumsparthei aber hat bis heute den ihr von der welfischen Führung vom Anbeginne aufgeprägten Charakter fort und fort beibehalten und ist, je länger je mehr, ein Sammelpunkt aller partikularistischen Feindschaft gegen Preußen und das Deutsche Reich geworden. Bei solcher Gesinnung kann es nicht Wunder nehmen, wenn die politischen Führer der katholischen Fraktion und ihre Presse jede Hoffnung und Aussicht auf kirchlichen Frieden möglichst von sich weisen und alles thun, was in ihren Kräften steht, um die Stimmungen immer aufs Neue zu verbittern und die Ausgleichung zu erschweren.

Als im Jahre 1878 zwischen der päpstlichen Kurie und dem deutschen Reiche die ersten vertrauensvollen Verhandlungen schwebten, welche, nach der Erwartung des Papstes, das Ergebnis haben sollten, die Katholiken zu erneuter Bewährung ihrer Treue gegen Kaiser und Reich zu führen, hätte man glauben sollen, die Anbahnung des Friedens hätte auf keiner Seite freudiger begrüßt werden können, als in den katholischen Kreisen: je tiefer

in denselben die Nachteile des Kampfes für das kirchliche Leben und Interesse empfunden, in je lebhafteren Farben der Druck der vermeintlichen Verfolgung, die Wirkungen der Zerrüttung in Diözesen und Gemeinden geschildert wurden, um so aufrichtiger mußte doch jeder Hoffnungsstrahl einer Änderung dieser traurigen Zustände begrüßt werden. Auch durfte man gerade auf Seiten der Ultramontanen das volle Vertrauen zu der Umsicht und Festigkeit des Papstes und seiner Vertrauensmänner erwarten, daß sie die Hand zum Frieden und selbst zu Verhandlungen gewiß nicht geboten hätten, wenn sie nicht an die Möglichkeit einer den wirklichen Interessen der katholischen Kirche entsprechenden Verständigung ernstlich glaubten. Man wußte zumal, daß Erregungen und Erörterungen über diese Möglichkeit zwischen dem Papst und dem deutschen Kaiser schon seit der Erhebung Leos XIII. auf den päpstlichen Stuhl stattgefunden hatten: wie wäre es denkbar gewesen, daß dieser einen seiner Vertrauten zu den Besprechungen mit dem deutschen Kanzler ermächtigt hätte, wenn er selbst nicht auf Grund des vorgängigen Meinungsaustausches eine gewisse Hoffnung auf günstigen Erfolg gehegt hätte? Aber weder der Wunsch noch die Hoffnung des Papstes auf kirchlichen Frieden fanden in der ultramontanen Partei in Deutschland irgend einen Widerhall: ihre Wortführer ließen es sich vielmehr angelegen sein, den Glauben an die Möglichkeit eines Friedens mit der deutschen Regierung von vorn herein zu ersticken. Um sich in dieser Beziehung nicht in offenen Widerspruch mit der Auffassung und dem Urteil Roms zu setzen, wurde in den ultramontanen Blättern mit allem Eifer bestritten, daß die Anregung zu den vertraulichen Besprechungen von päpstlicher Seite ausgegangen sei, — es wurde behauptet, Fürst Bismarck habe die Verhandlungen lediglich zur Erreichung augenblicklicher politischer Zwecke angeknüpft. Alles das war das Werk Windthorst's. Er wollte sich nach der Niederlage von Sedan nicht noch einmal die Zirkel stören lassen. Was scheert ihn die kirchliche Not der Gemeinden?

Wir haben oben von zwei Feldzügen mit Waffen in der Hand gesprochen, welche die Welsen in ihrem Kampfe wider Preußen bereits aufzuweisen haben. In dem zweiten, nach dem unglücklichen Ausgange des französischen Krieges, sind nun allerdings Säbel und Flinte nicht geführt worden, wie von den hannoverschen Legionären nach dem Kriege von 1866. Aber es ist

doch Blut in dem zweiten Feldzuge geflossen. Wir denken an das Attentat von Rissingen, mit Bezug auf welches der Welfe Windthorst den „unglücklichen“ Kullmann mit den Worten im Reichstag verteidigte: „Meine Herren, wenn die politischen und kirchlichen Streitigkeiten zu einem Siedepunkte gelangen, dann muß man sich nicht wundern, wenn hie und da unglückliche Menschen zu einem wahnsinnigen Unternehmen hingerissen werden, das liegt eben an der unglücklichen Konstellation, und diejenigen mögen es sich zuschreiben, welche diese Konstellation herbeiführen.“

Der Welfe sprach es also mit dürren Worten aus, der Reichskanzler „müsse sich nicht wundern“, wenn „hie und da unglückliche Menschen“ zu dem „wahnsinnigen“ Unternehmen, d. h. einem solchen, das ihnen nicht zuzurechnen ist, hingerissen werden, ihm nach dem Leben zu trachten; vielmehr habe der Reichskanzler es sich zuzuschreiben, der diese Konstellation herbeigeführt. Demnach wäre der Verbrecher im Grunde unschuldig, schuldig aber der Staatsmann, gegen den jener die Mordwaffe gerichtet, der Verbrecher nur das Opfer der Politik, das Verbrechen jedoch dem Leiter dieser Politik zuzuschreiben.

Wir haben die Versuche zur Rechtfertigung der Mörder gekannt, welchen im 16. und 17. Jahrhundert die Jesuiten, unquemen Königen und Staatsmännern gegenüber, Dolch oder Pistole in die Hand gedrückt: wir sind aber doch überrascht, derselben Logik, welche statt der Mißbilligung entschuldigt und rechtfertigt, in unsern Tagen und in Deutschland zu begegnen. Man bekommt da einen seltsamen Begriff von der „Gefeglichkeit der Mittel“, welche die Welfen sich für ihre speziellen Pläne vindizieren.

Beide Feldzüge haben der welfischen Sache immerhin schon insoweit genügt, als die Präparierung der Gemüter für eventuelle Fälle erstarkt, insbesondere auch die Windthorstische Moral für etwaige Skrupel im entscheidenden Moment parat gelegt ist. Die nötige „Konstellation“ wird sich schon einmal finden. Aber es fehlte den Welfen bisher immer noch eins, nämlich ein Kristallisationspunkt für ihre Agitation, ein archimedischer Punkt für ihre Bestrebungen. Auf den Tod des Herzogs von Braunschweig und auf die Einsetzung des Herzogs von Cumberland als Nachfolger haben sie schon lange ihre weiteren Pläne gestützt. Was für Aussichten würden sich sofort ihnen eröffnen, wenn unmittelbar vor den Thoren der preussischen Provinz Hannover ein besestigtes

Lager des Welfentums errichtet würde! Da ließe sich erst ein neuer, ein wirksamer Feldzug eröffnen, der dritte seit 1866. Unter dem Herzog von Cumberland als souveränem Reichsmitglied, unter dem landeshoheitlichen Schutze der herzoglich braunschweigischen Autorität, würden die Mittel sich ganz anders als bisher vorbereiten lassen, um die Pläne der welfischen Partei, wie sie in dem Programm des Herrn Götz von Olenhusen gekennzeichnet sind, zu verwirklichen, sobald anderweitige Komplikationen des deutschen Reiches den Moment als günstig erscheinen lassen. Windthorst mit seiner Moral als leitender Staatsmann, Brüel als zweiter Ratgeber des jungen Herzogs, vielleicht Herr v. Olenhusen für das Auswärtige wegen der Komplikationen, welche erhebende Perspektive für einen guten Welsen! Schlimmer noch, wenn diese hervorragende Gesellschaft, die der junge Herzog gar nicht ignorieren darf, statt mit dem Minister-Portefeuille die Verantwortung zu übernehmen, hinter den Kulissen die Fäden in die Hand bekäme und etwa den Grafen Bernstorff-Gartow vorschöbe, der sich bereits als ein ausgezeichnete Diplomat entpuppt hat. Er hat an den Bundesrat einen Protest gegen die in dem preußischen Antrag enthaltenen Anschuldigungen der welfischen Partei gerichtet. Darin heißt es:

Alle diese Anschuldigungen entbehren jedes tatsächlichen Grundes. Die Welsenpartei, worin die große Mehrheit des hannoverschen Volkes aller Stände ihre politische Organisation für die parlamentarischen Wahlen findet, hat keine verfassungswidrige Bestrebungen. Sie gefährdet nicht die Sicherheit des Reiches. Sie ist gar nicht in der Lage, den inneren Frieden in Frage stellen zu können. Die Welsenpartei übt keinen Einfluß auf den Herzog von Cumberland. Der Herzog steht nicht an der Spitze einer Partei. Die Welsenpartei hält sich auf das Sorgfältigste im gesetzlichen Wege. Sie hat keine Vorbehalte gemacht und bedarf deren nicht. Der gewaltsame Weg ist für sie ausgeschlossen, er ist naturgemäß, nach den gegebenen Verhältnissen, nach ihren Prinzipien, in ihrem Interesse und nach dem wohlbekannten Charakter des hannoverschen Volkes unmöglich. Mit dieser Erklärung habe ich nur der Annahme begegnen wollen, als ob durch ein Schweigen unsrerseits die Behauptungen rechtswidriger Bestrebungen irgendwie und auch nur in einem kleinsten Punkte zugestanden würden.

Diese Erklärung wird freilich nirgends an dem Urtheil über die Bestrebungen der welfischen Partei etwas ändern. Der preußische Antrag beim Bundesrat, auf den sie sich bezieht, ist bestimmt, in der seit dem Tode des Herzogs von Braunschweig brennend gewordenen Frage die Entscheidung herbeizuführen.

Wir wollen Stellung dazu nehmen und lassen zuvor schnell die Entwicklung der Dinge, welche zum Auslobern des Streites, den es jetzt zu schlichten gilt, geführt hat, in ihren Hauptzügen noch einmal an unsern Augen vorübergehen.

Im Jahre 1830 wurde der Herzog Karl von Braunschweig, weil er die Verfassung des Landes wenig achtete und sein persönliches Verhalten allgemeine Mißstimmung erregt hatte, durch einen Volksaufstand vertrieben und sein Bruder Wilhelm auf den Thron der älteren Linie des Welfenhauses berufen, das nach König Georgs V. Meinung bestimmt war, „bis ans Ende der Zeiten“ über einige Millionen Deutscher zu herrschen, nun aber in dem einen Zweige deposcibiert und in dem andern erloschen ist. Durch das Braunschweiger Staatsgrundgesetz von 1832 wurde, für den Fall des Erlöschens der älteren Linie, der jüngeren (hannoverschen) das Erbrecht gesichert.

Ein paar Jahre nach der Braunschweiger Katastrophe kam nach dem Nachbarlande Braunschweigs, Hannover, von jenseit des Kanals als angestammter König ein Engländer (Ernst August) herüber, ein Stuart, der nicht deutsch sprach und auch vor der Verfassung des Landes so wenig Achtung besaß, daß er zum Willkommen dieselbe mit einem verächtlichen Fußtritt über den Haufen warf. Deutsche Treue hat ihm in der Hauptstadt seines „Reiches“ ein Reiterdenkmal errichtet.

In der Entscheidungsstunde im Sommer 1866 stellte sich Herzog Wilhelm von Braunschweig auf die Seite Preußens, und wenngleich seitdem durch das Schicksal der jüngern Linie seines Hauses verstimmt, ließ er sich hierdurch nicht irre machen in der loyalen Auffassung der durch das Grundgesetz des Reiches den Bundesfürsten angewiesenen Stellung. König Georg V. von Hannover, der Sohn des oben erwähnten Königs Ernst August, der sich immer schon (er kam 1851 zur Regierung) durch seinen absolutistischen Charakter in Widerspruch mit der Mehrheit seines Volkes befunden hatte, verlor 1866 durch Preußen, gegen welches er die Waffen ergriffen, seinen Thron. Da er seitdem fortfuhr, im Gegensatz zu der bei der Bewilligung der 16 Millionen Thaler gehegten Voraussetzung, durch Reden und Handlungen zu bekunden, daß er sich weiter im Kriegszustande mit Preußen befindlich erachtete, so wurde noch die heute bestehende Sequestration des in Preußen befindlichen Vermögens des welfischen Hauses durch die gesetzgebenden Faktoren angeordnet.

König Georg starb im Jahre 1878 im Exil. Der Sohn theilte gleich darauf dem Kaiser Wilhelm den Tod seines Vaters durch das folgende Schreiben mit:

Durchlauchtigster Großmächtigster Fürst, freundlich lieber Bruder und Better. Mit tiefbetrübtem Herzen erfülle Ich die traurige Pflicht, Eurer Majestät die Anzeige zu machen, daß es Gott in seinem unerforschlichen Rathschlusse gefallen hat, Meinen vielgeliebten Vater, Seine Majestät Georg V., König von Hannover, Königlichen Prinzen von Großbritannien und Irland, Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c., zu Paris am 12. Juni dieses Jahres nach längerem Leiden aus diesem Leben abzurufen.

Infolge dieses Mich und Mein Haus tief erschütternden Todesfalles sind alle Rechte, Prärogative und Titel, welche dem Könige, Meinem Vater, überhaupt und insbesondere in Beziehung auf das Königreich Hannover zustanden, kraft der in Meinem Hause bestehenden Erbfolgeordnung auf Mich übergegangen.

Alle diese Rechte, Prärogative und Titel halte Ich voll und ganz aufrecht.

Da jedoch der Ausübung derselben in Beziehung auf das Königreich Hannover thatsächliche für Mich selbstverständlich nicht rechtsverbindliche Hindernisse entgegenstehen, so habe Ich beschlossen, für die Dauer dieser Hindernisse, den Titel „Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg“ mit dem Prädikat „Königliche Hoheit“ zu führen.

Indem ich hiervon Mitteilung mache, wird es einer besonderen Erwähnung nicht bedürfen, daß Meine und Meines in voller Selbständigkeit verharrenden Hauses Gesamtrechte durch den zeitweiligen Nichtgebrauch der dieselben bezeichnenden Titel und Würden in keinerlei Weise aufgehoben oder eingeschränkt werden können.

Ich verbleibe

Eurer Majestät

(m. p.) freundwilliger Bruder und Better

(gez.) Ernst August.

Gmunden, Juli 1878.

An

des Königs von Preußen Majestät.

Mit diesem Schreiben ist der Sohn in die politische Stellung des Vaters vollständig eingerückt. Der „ideelle Kriegszustand“ mit Preußen dauert fort. Die Nachfolge des Herzogs von Cumberland in Braunschweig, dessen Souverän im Herbst 1884 verstarb, würde also das eigenthümliche Verhältniß herbeiführen, daß in Braunschweig ein Bundesfürst regierte, dessen in Preußen befindliches Vermögen hier mit Beschlag belegt ist.

In Braunschweig mußte sich der Landtag die Frage vorlegen, ob nach einem etwaigen Ableben des 72jährigen, unver-

mählten Herzogs Wilhelm der Herzog von Cumberland als dessen rechtmäßiger Nachfolger ernannt werden solle. Die Bevölkerung hatte wenig Lust dazu, aus ihrem Lande ein welfisches Bollwerk zu machen. Man sprach von Anschluß an Preußen oder von vorläufiger Einrichtung eines neuen Reichslandes. Konflikte konnten somit beim Eintreten des oben genannten Falles nicht ausbleiben. Um so notwendiger war es also, schon jetzt gesetzliche Vorsorge zu treffen, daß für diesen Fall die Ordnung der Staatsverwaltung keine Störung erleide. Der Landtag wurde am 13. Dezember durch den Staatsminister Schulz eröffnet. In der an den Eröffnungssakt sich anschließenden ersten Sitzung des Landtages stellte der Abg. v. Beltheim den Antrag, „an das herzogliche Staatsministerium das Ersuchen zu richten, dasselbe möge, im Hinblick auf die neuerdings eingetretenen Verhältnisse, in Erwägung ziehen, ob und welche Maßregeln getroffen werden könnten, damit im Falle der Erledigung des Thrones des Herzogtums die ordnungs- und die verfassungsmäßige Verwaltung vor Störungen gesichert werde, und zu dem Ende die für sachgemäß erachteten Vorlagen baldthunlichst an die Landesversammlung gelangen zu lassen.“ Dieser Antrag wurde am 20. Dezember vom Landtag einstimmig angenommen. Darauf ersuchte der Minister die Versammlung, sie möchte, noch vor der bevorstehenden Vertagung des Landtags, eine Kommission wählen zur Beratung einer, etwa schon vor Wiederbeginn der Verhandlungen, über diese Angelegenheit eingehenden Vorlage. Auf dies hin wählte die Versammlung am 21. Dezember eine Kommission von 7 Mitgliedern. Der Landtag wurde am nämlichen Tage bis zum 11. Februar vertagt.

Der genannten Kommission wurde ein Regentschaftsgesetz vorgelegt, welches bestimmte, daß, falls bei dem Ableben des Herzogs der erbberedtigte Thronfolger abwesend oder behindert sei, ein Regentschaftsrat eingesetzt werden solle, bestehend aus den Ministern, dem Landtagspräsidenten und dem Präsidenten des Obergerichts. Die Frage über Abwesenheit oder Behinderung des Thronfolgers sollte vom Staatsministerium entschieden werden. Der Regentschaftsrat sollte die Regierung mit allen Rechten einer Regierungsvormundschaft führen und erst abtreten, wenn dem neuen Thronfolger gehuldigt werde. Falls die Thronfolge nach einem Jahre nicht geregelt sein sollte, so sollte die Landesversammlung einen Regenten auf Vorschlag des Regentschaftsrates

aus den volljährigen nicht regierenden Prinzen der zum deutschen Reiche gehörenden souveränen Fürstenhäuser wählen, welcher sodann die Regierungsverwesung bis zum Regierungsantritt des Thronführers führe. Beschlüsse des Regentschaftsrates sollten gültig sein bei einer Mehrheit von 3 Stimmen, wovon 2 dem Staatsministerium angehören mußten. Der Kaiser sollte bei dem Ableben des Herzogs ersucht werden, die militärischen Hoheitsrechte zu übernehmen. Die Kommission war im wesentlichen mit dieser Vorlage einverstanden, wünschte jedoch, daß dieses Gesetz nicht bloß für den einzelnen Fall, sondern allgemein als Ergänzung des Landesgrundgesetzes Geltung haben solle, hob ausdrücklich hervor, daß die Landesvertretung keineswegs gesonnen sei, sich der Unterordnung unter Kaiser und Reich zu entziehen, und erklärte, daß der Herzog von Cumberland durch seine Weigerung, die deutsche Bundesverfassung anzuerkennen, sich für die Thronfolge in einem deutschen Bundesstaate unmöglich gemacht habe. Der Staatsminister Schulz äußerte sich in der Landtags-sitzung vom 14. Februar hierüber dahin, daß die Regierung keine Veranlassung habe, sich hier über die Thronberechtigung des Herzogs von Cumberland zu äußern. Darauf wurde das Regentschaftsgesetz einstimmig angenommen.

Herzog Wilhelm starb am 18. Oktober 1884 in seinem Schlosse Sibyllenort in Schlesien. Seine Beisetzung im Dom zu Braunschweig erfolgte am 25. Oktober. Da weder er noch sein längst verstorbener Bruder vermählt war, so erlosch mit ihm die ältere welfische Linie. Auf Grund dieses Gesetzes trat, unmittelbar nach dem Eintreffen der Todesnachricht, der Regentschaftsrat in Braunschweig zusammen und erließ zwei Proklamationen, in welchen der Tod des Herzogs und die Konstituierung des Regentschaftsrates verkündigt wurde. Der Regentschaftsrat bestand aus dem Staatsminister Grafen v. Görz-Brisberg, den übrigen Mitgliedern des Ministeriums, dem Geheimrat v. Belthelm und dem Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Schmidt. Er wandte sich am 18. Oktober mit einem Schreiben an den Kaiser mit der Bitte, über das Verhältnis des Herzogtums zum Reiche, namentlich über das Stimmrecht im Bundesrate, sowie über die militärischen Hoheitsrechte für die Dauer der durch den Regentschaftsrat geführten provisorischen Regierung in einer der Reichsverfassung entsprechenden Weise das Erforderliche anordnen zu wollen. Dem wurde in Berlin sofort entsprochen.

Das Patent, durch welches der Herzog von Cumberland die Regierung im Herzogtum Braunschweig übernahm und von dem Lande Besitz ergriff, hatte folgenden Wortlaut:

Wir Ernst August, von Gottes Gnaden Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, königlicher Prinz von Großbritannien und Irland, Herzog von Cumberland &c. &c., thun hiermit kund und zu wissen:

Demnach es dem unerforschlichen Willen der göttlichen Vorsehung gefallen hat, Unseres hochgeehrten Herrn Oheims und Veters, des durchlauchtigsten Herzogs und Herrn, Wilhelm, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg Liebden am 18. Oktober d. J. aus dieser Zeitlichkeit abzuernfen, dadurch aber die Nachfolge in die Regierung des Herzogtums Braunschweig auf Uns übergegangen ist, kraft der Rechte, welche in Unserem fürstlichen Gesamthause Braunschweig-Lüneburg bestehen: so entbieten Wir allen Behörden, Dienern, Vasallen und Unterthanen des Herzogtums Braunschweig Unsere Gnade und eröffnen ihnen hierdurch, daß Wir mittelst dieses Patents das Herzogtum in Besitz nehmen und die Regierung über dasselbe antreten.

Wir werden die Regierung des Herzogtums nach Maßgabe der Verfassung des Deutschen Reiches sowie der Landesverfassung führen, und Wir versichern bei Unserm fürstlichen Worte, entsprechend der Bestimmung im § 4 der Landschaftsordnung vom 12. Oktober 1832, daß Wir die Landesverfassung in ~~den~~ ihren Bestimmungen beobachten, aufrecht erhalten und beschützen wollen.

Alle Diener, geistlichen und weltlichen Standes, bestätigen Wir in ihren Dienststellen.

Von allen Unseren Unterthanen erwarten Wir, daß sie Uns stets in Treue und Liebe zugethan sein werden.

Dagegen versprechen Wir die Wohlfahrt des Landes mit gleicher Zuneigung stets im Auge zu behalten, wie Unser erlauchter Vorgänger.

Wegen der einzunehmenden Huldigungen werden Wir das Erforderliche demnächst verordnen.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Siegels.

Gegeben zu Gmunden, am 18. Oktober 1884.

Zugleich mit diesem Patent richtete der Herzog ein Schreiben an den Kaiser, worin er ihm den Tod seines vielgeliebten Oheims und Veters, des Herzogs Wilhelm, anzeigte, seinen Regierungsantritt meldete und bat, der Kaiser möchte die dem Herzog Wilhelm erwiesenen bundesfreundlichen Gesinnungen auf ihn übertragen. Dieses Schreiben nebst dem beigelegten Patent sollte Graf Grote persönlich dem Kaiser überbringen. Aber dieser lehnte es ab, den Grafen zu empfangen und Schreiben und Patent entgegenzunehmen. Das braunschweigische Staatsministerium, dem

jenes Patent durch Grote zur Unterzeichnung und Veröffentlichung überreicht worden war, theilte am 22. Oktober dem Herzog mit, daß dem Gesetze gemäß der Regentschaftsrat sich konstituiert habe und von der Reichsregierung anerkannt worden sei; daß also das unter dem Regentschaftsrat mit der oberen Leitung der Landesverwaltung beauftragte Staatsministerium außer stande sei, der Aufforderung des Herzogs zur Kontratsignierung und Publizierung des ihm zugesandten Besitzergreifungs- und Regierungsantrittspatent Folge zu geben, vielmehr vom Regentschaftsrat ermächtigt sei, dieselbe abzulehnen. Damit solle übrigens den eventuellen Ansprüchen des Herzogs auf die Thronfolge in keiner Weise vorgegriffen sein; das Staatsministerium glaube aber deren Geltendmachung bei Kaiser und Reich dem Herzog überlassen zu müssen. Infolge dieser Abweisungen, welche der Herzog seitens des Kaisers und des braunschweigischen Staatsministeriums erfuhr, richtete er am 4. November an die deutschen Fürsten (mit Ausnahme des Kaisers) und an die freien Städte ein Rundschreiben, worin er, unter Mitteilung der Aktenstücke, die Anzeige machte, daß die Ausübung seiner Regierung in Braunschweig auf Hindernisse gestoßen sei, obgleich weder seinen Ansprüchen auf die Thronfolge — noch seiner Thronfolgefähigkeit ein rechtliches Bedenken entgegenstehe, und den Bundesmitgliedern zu bedenken gab, daß mit Beeinträchtigung seines souveränen Fürstenrechts zugleich das souveräne Recht aller Mitglieder des deutschen Reiches gefährdet würde. Der braunschweigische Landtag wurde zu einer außerordentlichen Session einberufen, am 23. Oktober von dem Ministerpräsidenten Grafen v. Görz-Brissberg wiedereröffnet. Derselbe erklärte in seiner Rede, daß die Thronfolgerfrage von dem Gesichtspunkte des Landesstaatsrechts und des Reichsstaatsrechts zu lösen sei, und daß der Regentschaftsrat bis zu der vom Reiche ausgehenden Entscheidung sich weiterer Schritte in dieser Sache enthalten werde.

Im Mai des nächsten Jahres legte der Reichskanzler dem Bundesrate folgenden Antrag Preußens betreffs der Ansprüche des Herzogs von Cumberland auf Braunschweig vor:

„Der Artikel 76 der Reichsverfassung enthält die Bestimmung, daß Streitigkeiten zwischen verschiedenen Bundesregierungen, sofern dieselben nicht privatrechtlicher Natur sind, auf Anrufen des einen Theiles von dem Bundesrat erledigt werden sollen. Nach dem Geiste der Verfassung wird diese Vorschrift dahin zu verstehen sein, daß nicht nur vorhandene Strei-

tigkeiten der Kompetenz des Bundesrates unterstehen, sondern daß derselbe auch berufen ist, dem Entstehen solcher Streitigkeiten vermittelnd vorzubeugen, wenn ein Antrag dahin gestellt wird. In diesem Sinne erlaubt sich die Königliche Regierung, die Aufmerksamkeit des Bundesrats darauf zu lenken, daß zwischen Preußen und Braunschweig Mißhelligkeiten voraussichtlich entstehen würden, wenn Se. Königliche Hoheit, der Herzog von Cumberland, Herzog von Braunschweig würde. Der durch die Reichsverfassung gewährleistete preussische Besitz der Provinz Hannover ist von dem Herrn Vater des Herzogs von Cumberland nach Maßgabe des beiliegenden Protestes angefochten worden; der König Georg hat sich bis an sein Lebensende als einen mit Preußen im Krieg befindlichen Souverän angesehen, und die dieser Stellung entsprechende politische Haltung beobachtet, wie das aus der Anlage hervorgeht. Der Herzog von Cumberland ist durch seine Kundgebung vom Juli 1878 in die gleiche Stellung gegen Preußen eingetreten. Der Herzog hat seitdem seinen Ansprüchen auf Hannover nicht entsagt und die Haltung seiner Anhänger im hannoverschen Lande ist bis in die Gegenwart von der Art, daß selbst ein persönlicher Verzicht des Herzogs von Cumberland auf die von ihm erhobenen Ansprüche an Hannover der Königlichen Regierung keine Bürgschaft für das Aufhören der auf Losreißung Hannovers von Preußen gerichteten Bestrebungen der Welfenpartei gewähren würde. Der bei diesen Bestrebungen gemachte Vorbehalt, daß die Abtrennung des Königreichs Hannover von Preußen auf gesetzlichem Wege herbeigeführt werden solle, ist bedeutungslos, da der gesetzliche Weg durch die gegebenen Verhältnisse naturgemäß ausgeschlossen und nur der gewaltsame möglich ist. Bei der reichstreuen Gesinnung der Bevölkerung im Herzogtum Braunschweig dürfte die Welfenpartei in dieser keinen nennenswerten Anhalt finden; der Herzog von Cumberland aber würde sich auch als Herzog von Braunschweig den Einflüssen der Partei, an deren Spitze Seine Königliche Hoheit bisher steht und deren vornehmste Leiter als seine Mandatäre für seine Interessen thätig sind, nicht entziehen können. Die Thronbesteigung des Herzogs würde deshalb die unvermeidliche Folge haben, daß sich in Braunschweig unter der staatlichen Autorität eines der Teilhaber an der souveränen Bundesgewalt ein Stützpunkt für verfassungswidrige Bestrebungen bilden würde, deren Spitze gegen die vom Reich garantierte Integrität des preussischen Staates gerichtet wäre.

Die politische Haltung des Herzogs von Cumberland, wie sie in amtlichen Kundgebungen hervorgetreten, ist jederzeit genügt gewesen, die welfische Partei in der Verfolgung ihrer Ziele zu ermuntern. In dem Notifikations schreiben vom Juli 1878 hat der Herzog den Protest erneuert, welchen der König Georg V. unter dem 23. September 1866 gegen Preußen erhoben hat, und die in diesen beiden Schriftstücken enthaltenen Erklärungen werden in keiner Weise durch das Notifikations schreiben des Herzogs vom 18. Oktober 1884 oder sein Besitzergreifungspatent von demselben Datum invalidiert. Auf Grund der beiden erstgenannten Dokumente befindet sich der Herzog von Cumberland noch heute im ideellen Kriegszustande gegen Preußen, und bei seinem Regierungsantritt mußte, wenn

nicht Preußen und Braunschweig dem Deutschen Reich angehörten, rechtlich der Kriegszustand zwischen beiden Staaten eintreten. Diese rechtliche Situation gewinnt eine praktische Bedeutung durch die Thatfache, daß mit dem Herzogtum Braunschweig gerade diejenigen hannoverschen Gebiete grenzen, in welchen nach Ausweis der Wahlen zum Reichstag die welfische Partei die Mehrheit der Bevölkerung bildet. Der Herzog von Cumberland würde, in seiner benachbarten Residenz, nicht wohl imstande sein, Verbindungen und Zumutungen abzuwehren, welche den inneren Frieden des Reichs in Frage stellen. Wenn die Landeshoheit in Braunschweig mit allen ihren Rechten an der Reichsregierung in die Hände eines Fürsten gelegt würde, der einem Teil der Bevölkerung von Hannover als Präkandidat auf die gesamte preussische Provinz dieses Namens gilt, so würde Seine Majestät der König von Preußen die Fürsorge für die Sicherheit im Lande selbst in die Hand nehmen, wenn nicht die Institutionen des Reichs die Mittel zur Verhütung unmöglicher Zustände darböten. Unter diesen Umständen würde, auch wenn das Recht des Herzogs zur Succession ein prinzipiell unbestrittenes wäre, die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig und die damit verbundene Beteiligung an der Reichsregierung, politisch unzulässig sein, weil die innere Sicherheit des Reiches dadurch gefährdet würde.

Se. Majestät der König von Preußen beabsichtigt nicht, der weiteren Entschliebung der Organe des Herzogtums und des Reiches bezüglich der Thronfolge in Braunschweig vorzugreifen, die königliche Regierung sieht aber voraus, daß der Regierungsantritt des Herzogs von Cumberland in Braunschweig zu Streitigkeiten zwischen Preußen und Braunschweig führen würde, welche nicht privatrechtlicher Natur sind, also unter den Begriff des Artikels 76 der Reichsverfassung fallen. In dieser Voraussicht stellt Preußen den Antrag, die Überzeugung der verbündeten Regierungen dahin auszusprechen, daß:

die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig mit dem inneren Frieden und der Sicherheit des Reichs nicht verträglich sei,
und zu beschließen,

daß die braunschweigische Landesregierung hiervon verständigt werde.
von Bismarck."

Die in den Anlagen mitgeteilten Schriftstücke bestehen aus öffentlichen Kundgebungen des Königs Georg und seines Sohnes, des Herzogs von Cumberland, welche den bewußt festgehaltenen Gegensatz der welfischen Herrschaftsansprüche zu der 1866 in Deutschland geschaffenen politischen Neuordnung auf das schärfste hervortreten lassen. Anlage I reproduziert den französischen Originaltext der von König Georg unterzeichneten und vom Grafen von Platen-Hallermund gegengezeichneten Kundgebung, welche von Hieping bei Wien am 23. September 1866 datiert, an alle

Mächte gerichtet war, und in welcher König Georg, der preussischen Annexion Hannovers gegenüber, erklärte, daß er niemals auf seine Souveränitätsrechte in seinen Staaten verzichten werde. Anlage II stellt einige Auszüge aus Briefen des Königs Georg an seinen Agenten in Paris zusammen, deren mit der Unterschrift oder der Paraphe des Königs versehenen Originale sich im Archive des Auswärtigen Amtes befinden. Erwähnte Auszüge datieren der Reihenfolge nach aus Villa Braunschweig, Hiesing, den 30. Juni 1867, den 7. November 1867, Donnerstag den 21. November 1867; Villa Thun, Gmunden, Mittwoch den 2. September 1868, Sonntag den 13. Juni 1869. Alle mitgeteilten Auszüge beschäftigen sich mit der Eventualität eines kriegerischen Zusammenstoßes zwischen Preußen und Frankreich und den Vorbereitungsmaßregeln behufs Inszenierung eines aktiven Auftretens der welfischen Propaganda im Bunde mit dem kriegsgerüsteten Frankreich, zur Wiederherstellung des Königreichs Hannover. Unter anderem erklärt König Georg: „Alles kommt nun aber darauf an, daß meinerseits nichts verabsäumt wird, was die Pflicht für meine heilige Sache erheischt, und daß der Allmächtige um Jesu Christi willen sie schließlich siegen läßt. Darum nur hinaufgesehen und auf Gott vertraut!“ In dem Schreiben vom 21. November 1867 betont er die Notwendigkeit:

„Meinerseits um Gottes Willen mit allen Dingen auf das Vollkommenste fertig und bereit zu sein, damit, wenn die Vorsehung für gut befindet, den casus belli herbeizuführen, ich augenblicklich bei der Hand bin, als Verbündeter dem Kaiser zur Seite zu stehen, um mit Hilfe seiner mächtigen Unterstützung mein gutes Recht und das von Deutschland unter des Herrn Beistand kämpfen und ersiegen zu können.“

Endlich begründet König Georg unterm 13. Juni 1869 seinem Agenten gegenüber die Ablehnung gewisser Propositionen damit, daß er schreibt:

„Da ich, wie Sie wissen, nur das eine Ziel mit der strengsten Konsequenz und nie ermattender Energie verfolge, unter Gottes gnädigem Beistande und Segen, ein großes und mächtiges Welfenreich wieder herzustellen und meinen Thron wieder aufzurichten, sowie, von den theuern Meinigen umgeben, als König in alter Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu meinem theuern und so beispieillos treuen Volke heimzukehren; überdies aber auch mit des Allmächtigen Hilfe meinen Thron und Reich mit eigenen Waffen, als Verbündeter Frankreichs und Oesterreichs, mir wieder zu erobern.“

Anlage III enthält die bekannte Kundgebung des Herzogs von Cumberland, in welcher er dem König von Preußen Mitteilung von dem Ableben Königs Georg macht und gleichzeitig sein Prä-tendententum aufrichtet. Anlage IV. Die an den Kaiser gerichtete Notifikation vom Ableben des Herzogs Wilhelm von Braunschweig und Regierungsantritt des Herzogs von Cumberland. Anlage V. Das Patent, mittelst dessen der Herzog von Cumberland die Regierung des Herzogtums Braunschweig übernimmt.

Das Bekanntwerden dieses Schrittes der preussischen Regierung rief im Norden wie im Süden des Vaterlandes die lebhafteste Befriedigung hervor. Wenn die öffentliche Meinung Deutschlands sich bisher in der Braunschweigischen Frage zurückhaltender zeigte, als man vielleicht von vornherein angenommen hatte, so lag das zum wesentlichen daran, daß die nationalen Kreise in keinem Augenblicke daran zweifelten, daß, sobald der richtige Moment gekommen sei, unser Kaiser und sein Kanzler diejenigen Interessen schon wahrnehmen würden, die den seit 1871 geeinten deutschen Stämmen allen gleich teuer und gleich wert sind. In dieser Voraussetzung sind sie nicht getäuscht worden: Die preussische Regierung hat jetzt das erlösende Wort gesprochen.

In der Sitzung des Braunschweigischen Landtages vom 21. Mai verlas der Staatsminister Graf Börg-Brissberg den Antrag der preussischen Regierung an den Bundesrat, die Thronfolge betreffend, und bemerkte sodann, aus dem Antrage sei deutlich zu entnehmen, welche Auffassung die preussische Regierung von der das Land tief bewegenden Thronfolgerfrage habe. Es werde nun Aufgabe des Bundesrates sein, zu diesem Antrage Stellung zu nehmen, man werde zu erwarten haben, welche Beschlüsse gefaßt werden sollen, sowie ob und in welcher Weise die Landesregierung in die Lage kommen werde, dem Antrage der preussischen Regierung gegenüber auch ihrerseits Stellung zu nehmen; eine bestimmte Stellung möchte zur Zeit noch nicht geboten erscheinen. Die Landes-Regierung habe aber die bestimmte Absicht, keine entscheidenden Schritte in dieser Angelegenheit weiter zu thun, ohne zuvor sich mit der Landesversammlung ins Einvernehmen gesetzt zu haben. Ob solche Schritte in allernächster Zeit erforderlich, sei noch nicht zu übersehen, doch erscheine die Notwendigkeit einer baldigen desfallsigen Wiedereinberufung des Landtags möglich. Die Mitteilungen des Ministers wurden der staatsrechtlichen Kommission überwiesen. Ein Antrag, heute schon

eine Äußerung der staatsrechtlichen Kommission und des Landtages herbeizuführen, wurde abgelehnt, nachdem der Minister diesem Antrage widersprochen und ausgeführt hatte, daß die Sache zu wichtig sei, um so schnell erledigt zu werden und dies überhaupt augenblicklich unangemessen erscheine. Der Landtag wurde hierauf bis auf Weiteres vertagt.

Der deutsche Bundesrat verwies den preussischen Antrag an die zuständigen Ausschüsse. In der Begründung dieses Antrags ist zu beachten, daß die Abweisung der Ansprüche des Herzogs von Cumberland ihren Hauptaccent auf das Treiben der welfischen Partei legt, und dagegen das persönliche Verhalten des Prätendenten zur Sache zurücktreten läßt, sodaß, wie es in der Begründung heißt, selbst ein Verzicht desselben auf die bekannten Pläne der preussischen Regierung noch nicht eine genügende Sicherheit bieten würde, um das Legimitätsprinzip, falls ein solches rechtlich zu begründen ist, ohne Gefahr zur Anwendung zu bringen. Diese Auffassung ist keine neue, sondern wiederholt in halbamtlichen oder offiziellen Würdigungen der in Braunschweig obwaltenden Verhältnisse geltend gemacht worden. So sagte die „Nordb. Allgem. Ztg.“ schon im vorigen Herbst mit dem Tode des Herzogs von Braunschweig, eine von reichsfeindlichen Gesinnungen getragene Politik eines Herzogs von Braunschweig würde an sich noch keine Gefahren für den Bestand des Reiches involvieren. Anders stelle es sich aber, wenn in den hannoverschen Landen 11 Wahlkreise (unter 19) welfische Abgeordnete wählen, also Abgeordnete, deren Programm auf die Wiederherstellung Hannovers hinausginge. Eine solche Partei würde den aus ihrer Mitte hervorgegangenen souveränen Fürsten selbst bei äußerer Korrektheit seines Verhaltens dazu drängen, die landeshoheitlichen Rechte für ihre Zwecke zu verwenden. Ganz abgesehen von der rechtlichen Frage hätte die Haltung der Welfenpartei das Reich in die Unmöglichkeit versetzt, diesen Bestrebungen einen archimedischen Punkt zu gewähren, wie ihn die Residenz eines souveränen Parteimitgliedes in Braunschweig geben würde.

Die „Nordb. Allgem. Ztg.“ könnte sich heute für die Charakteristik der Partei, die sie damals brachte, auch noch auf den Abgeordneten v. d. Decken berufen, der kürzlich im Reichstage am Schlusse seiner Rede über die Getreidezölle sagte: „Wir Grundbesitzer in Hannover wissen uns mit dem Volke eins in dem Bestreben, die Ereignisse des Jahres 1866 wieder rückgängig

zu machen“. Nun, wenn die Partei darauf besteht, so würde auch kein Verzicht des Herzogs von Cumberland auf Hannover, nachdem dieser durch das nach dem Tode Georgs V. an Kaiser Wilhelm gerichtete Schreiben eine feindliche Stellung zum Reiche genommen, der Welfenpartei in Hannover als freiwillig gelten. Im übrigen ist es nicht nötig, den Prätendenten und seine Partei von einander zu trennen. Jener denkt weder an einen persönlichen Verzicht, noch an ein äußerlich korrektes Verhalten überhaupt, sondern hat sich längst mit seiner Partei solidarisch verbunden. Er verhüllt seine Pläne gar nicht, wenn er es auch den Anhängern überläßt, sie deutlicher zu verraten. Die Trennung aber, welche der preußische Antrag zwischen der Person des Herzogs von Cumberland und seiner Partei macht, indem er ohne Rücksicht auf jenen die Bestrebungen der letzteren als ein absolutes Hindernis für die Einsetzung eines Welfen betrachtet, hat für die Praxis zunächst die folgende Bedeutung. Da die in dem preußischen Antrag mit bezug auf die welfische Agitation in Hannover enthaltene Darlegung genau ebenso, wie auf die Zulassung des Herzogs von Cumberland auf die des Sohnes desselben paßt, indem die Welfen in Hannover auch den letzteren als ihren Prätendenten betrachten würden, so bleibt dem braunschweigischen Regentschaftsrat nichts übrig, als von der Wahl eines Regenten abzusehen, und die Regierungsfrage definitiv zu erledigen. Denn es ist kein erbberechtigter und nur zeitweilig verhin­derter Nachfolger, für den der „Regent“ zu fungieren hätte, vorhanden.

Nichts begreiflicher, als daß die welfische Partei zunächst gegen ihre Charakteristik in der Motivierung des preußischen Antrages Protest eingelegt hat, denn darin liegt der Kern der Motivierung. Wir haben einen solchen Protest bereits erwähnt.

An der Spitze der welfischen „Deutschen Volksztg.“ haben sodann die Herren C. Graf v. Bernstorff und Geh. Legationsrat a. D. Herr v. Derzen-Leppin eine gemeinschaftliche Erklärung erlassen, datiert aus Veseitz in Mecklenburg-Strelitz, gegen den preußischen Antrag in der braunschweigischen Frage. Die Veröffentlichung scheint von den Urhebern oder von dem genannten Blatte für sehr gefährlich erachtet worden zu sein, denn der eine der Unterzeichner, Herr v. Derzen hat ad hoc die redaktionelle Verantwortlichkeit für den Teil der „Deutschen Volksztg.“, welchen die Erklärung ausfüllt, übernommen. Die Vorsicht war wohl

taum notwendig; die Kundgebung der beiden Herren enthält nichts andres, als was die Partifane der Herzogs von Cumberland sonst vorzubringen pflegen. Erwähnungswert ist allenfalls folgender Paßus:

„Mag es der preussischen Regierung bedenklich erscheinen, den Herzog in der Nähe seiner alten Stammlande zu sehen, in welchen — wie die Motive des preussischen Antrags selbst zugeben — die Mehrzahl (?) der Bevölkerung dem Herzoge mit unverbrüchlicher deutscher Treue anhängt, so sind dieser Sachlage unseres Erachtens wohl Motive für Herbeiführung einer friedlichen Lösung der hannoverschen Frage im Wege beiderseitigen Entgegenkommens zu entnehmen, nicht aber ein Rechtsmittel für eine Gewaltthat, welche das legitime Recht jedes deutschen Fürsten auf den angestammten Thron in Frage stellen und zum Spielball politischer Interessen machen würde.“

Also um die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig zu ermöglichen, soll Preußen eine „friedliche Lösung der hannoverschen Frage im Wege beiderseitigen Entgegenkommens“ herbeiführen. Ob darunter die Herausgabe der ganzen Provinz Hannover oder nur eines Theils derselben an den Herzog von Cumberland verstanden wird, steht dahin. Jedenfalls ist die „friedliche Lösung der hannoverschen Frage“ eine *contradictio in adjecto*. Man kann nur von einem unglücklichen Kriege Preußens die Wiederherstellung eines Königreichs Hannover erwarten, und eine Spekulation darauf verträgt sich weder mit dem Bundes-Verhältnis eines Souveräns, noch mit irgend welchen Zugeständnissen an eine Partei. Die Wiederherstellung des Welfentums bedeutet: die Auflösung Preußens. Für so ehr- und marklos wird niemand Preußen halten, daß es nicht bis zum letzten Blutstropfen, bis zu Fäusten und Zähnen, wenn ihm keine Mauersegewehre und keine gezogenen Kanonen mehr blieben, um dieses Hannover, das es einmal genommen, ringen würde! Also wörtlich: nur über Preußens Leiche geht der Weg auf den restaurierten Welfenthron! Fürst Bismarck hat mit dem offenen Mut, der ihn vor allen andern Diplomaten auszeichnet, unverhohlen den Hannoveranern gesagt (11. März 1867 im Reichstag): „Wenn Sie sich mit unsern Feinden liieren, obschon Sie dieselben Interessen mit uns haben, wenn Sie zwischen Hamburg, Minden und Köln einen Staat schaffen, von dem wir befürchten müssen, daß er jede Verlegenheit von Preußen nach außen benützt, jede Front, die wir nach dem Süden machen, um uns, ich will nicht sagen den Dolch, aber doch die Waffe in den Rücken zu rennen: ein

solcher Staat kann nicht mit unsrem Willen bestehen; seine Fort-
setzung wäre unverträglich mit derjenigen von Preußen, und der-
jenige preussische Minister, der die erste Uelegenschaft, die sich zur
Befestigung eines solchen Gannovers darbietet, verschmähen würde,

verrät sein Land, verrät Deutschland."

Die Herren Graf v. Bernstorff und v. Dethlefsen sehen
in der Ausschließung des Herzogs von Cumberland vom Braun-
schweigischen Thron eine "Gewalthat", welche das legitime Recht
jedes deutschen Fürsten auf den angestammten Thron in Frage
stellen und zum Spielball politischer Interessen machen würde.
Es macht immer einen eigenthümlichen Eindruck, wenn die Bellen
Aborte in den Mund nehmen, wie "Gewalthat" und "Legitimität".
Quis tulit Gracchos de seditione queres? Gaben sie denn
nicht leblich auf die Gewalt sich stützend, einstig, d. h. recht-
wärtig die Beseßung Gannovers aufgehoben, nämlich im Jahre
1837, wo Ernst August die Beseßung von 1833 aus sehr
egoistischen Interessen gewaltthätig unterdrückte, und 1855, wo
Georg V. die im Jahre 1848 wiederhergestellte Beseßung durch
Diktation einer andern beseßte? Es ist wirklich an der
Zeit, daß die Herren, welche jetzt sich gebeden, als ob sie allein
die Berechtigung zu vertreten hätten, daran erinnert werden, wie
sie damals, als sie die Macht in den Händen hatten, das Recht
mit Füßen getreten haben.

Aber die weltliche Partei hat in der Legitimitätsfrage in be-
zug auf die Braunschweiger Erbfolge eine mächtige Bundesgenossen-
schaft gefunden. Wir meinen nicht die der Ultramontanen, die je
sind längst mit den Bellen in allen Dingen solidarisirt und man
darf sich über den wütenden Artitel der "Germania" nicht wundern,
der, der genugsam durch folgende Schlusssätze gekennzeichnet
wird: "Gerecht ist, wer sich im Besitz der Macht befindet sagt
man. Aber es kann auch einmal anders kommen, Preußen ist
müchtig, es kann auch einmal ein Mächtigerer über es kommen
und solche Grundzüge zur Geltung zu bringen suchen". Also
wieder einmal die Drohung mit dem "Steinigen", von welchem

Heus IX. sprach.

Wir wollen uns mit der Haltung beschäftigen, welche die
hochkonserwative Partei Preußens in einigen Berliner Blättern
gegenüber dem preussischen Antagonisten eingenommen hat. Sie ist
geeignet, die Bellen den Kopf höher tragen zu lassen, und wenn
sie der verlorenen Sache auch nicht aufhört, wird sie doch für

alle Zukunft den Bestrebungen des innern Feindes Preußens einen Rückhalt geben.

Die hochkonservative Partei bestreitet zunächst, daß der Bundesrat sich auf Grund des Artikels 76 der Reichsverfassung, welcher nur von „Erledigung thatsächlich entbrannter Streitigkeiten zwischen Bundesstaaten“ spricht, ein prohibitives Eingreifen des Bundesrates aber nicht kennt, für kompetent zu der von ihm verlangten Entscheidung erklären könne. „Es wird übersehen — so argumentiert man auf dieser Seite — daß der Herzog von Cumberland der Repräsentant eines Bundesstaates thatsächlich nicht ist, daß vielmehr in Braunschweig eine geordnete, vom Bundesrat anerkannte und in diesem selbst stimmberechtigt vertretene Regierung vorhanden ist, welche sich in keinem Streit mit einem andern Bundesstaat, auch Preußen nicht, befindet. Es fehlt also die erste Vorbedingung für jeden Streitfall: das Vorhandensein von mindestens zwei Parteien, und dieser Mangel könnte allein durch die Anerkennung des Herzogs von Cumberland als Repräsentant des Bundesstaates Braunschweig und seine Vertretung im Bundesrat ergänzt werden, welche aber der preussische Antrag gerade verhindern will. Die Voraussetzungen des Abs. 1 im Art. 76 der Reichsverfassung sind also für den vorliegenden Fall absolut unzutreffend. Indessen, wir setzen den Fall, die thatsächliche Lage wäre eine andere, es bestände wirklich ein Streit zwischen den Bundesstaaten Preußen und Braunschweig im Sinne des erwähnten Artikels der Verfassung: wäre dann der Bundesrat kompetent zur Entscheidung dieses Streitfalles in der Form des preussischen Antrages? Mit nichten. — Der Absatz 1 des Artikels 76 der Reichsverfassung gibt dem Bundesrat überhaupt nicht das Recht zur „Entscheidung“, sondern beauftragt denselben mit der „Erledigung“ solcher Streitigkeiten zwischen Bundesstaaten, welche, weil nicht privatrechtlicher Natur, von den kompetenten Gerichtsbehörden nicht „entschieden“ werden können. Über diese Bedeutung dieses Unterschiedes zwischen „Erledigung“ und „Entscheidung“ und zugleich darüber, daß nach der Absicht des Gesetzgebers durch diese Verfassungsbestimmung dem Bundesrat keineswegs das Recht und die Pflicht zur materiellen Urteilsfällung in solchen Streitfällen auf Grund kontradiktatorischen Verfahrens beigelegt werden sollte, besteht nach den Verhandlungen im Reichstage und den Erklärungen der verbündeten Regierungen nicht der geringste Zweifel“.

Wir müssen es zunächst als eine Aborttauberei bezeichnen, wenn auf den Ausdruck „Erledigung“ in Artikel 76 der Reichsverfassung ein besonderes Gewicht gelegt wird. Wenn man dort nicht von der „Entscheidung“ der Streitigkeiten zwischen verschiedenen Bundesstaaten spricht, sondern von der „Erledigung“ derselben, so ist das weiter nichts als ein Ausdruck der Reuterei, weil man Differenzen von solcher Bedeutung doch nicht mit jedem beliebigen Zivilprozeß unter Privatleuten auf eine Linie stellen kann). Ähnlich verhält es sich mit andern rein juristischen Bedeutungen, welche gegen den preussischen Antrag geltend gemacht werden. Dieser fügt sich auf Art. 76 der deutschen Reichsverfassung, welcher im ersten Absatz bestimmt: „Streitigkeiten zwischen verschiedenen Bundesstaaten, sofern dieselben nicht privatrechtlicher Natur und von der kompetenten Gerichtsbehörde zu entscheiden sind, werden auf Anrufen des einen Teils von dem Bundesrat erledigt“. Der Bundesrat ist also in diesem Falle berufen, für die Aufrechterhaltung der Rechtsordnung im Reich mitzuwirken, die die dem Reich zustehende Justizgewalt aus. Die gleiche Funktion ist ihm auch anderweit in der Verfassung zugewiesen. Nach Art. 19 hat er darüber, ob ein Bundesgesetz seine verfassungsmäßigen Bundespflichten erfüllt hat oder nicht, zu entscheiden, und die Vollstreckung der Exekution gegen das Bundesgesetz zu beschließen. Gemäß Art. 77 I. c. bildet er die oberste Instanz, wenn in einem Bundesstaate der Fall einer Justizverweigerung eintritt. Nach Art. 76, Abs. 2, I c. hat er Verfassungstreue setzen in einem Bundesstaate auf Anrufen eines Teils gültig auszusprechen, oder, wenn das nicht gelingt, im Wege der Reichsgesetzgebung zur Erledigung zu bringen. Der Abortant des Art. 76 könnte nur dahin führen, ihn nur auf schon wirklich vorhandene Streitigkeiten zwischen zwei Bundesstaaten zu beziehen; eine solche Auslegung wird aber in den Motiven des Antrages mit Recht als dem Geiste der Verfassung zuwiderlaufend erachtet. Nach den Eingangsworten derselben sollte die dort aufgeführten Staaten „einen ewigen Bund zum Schutze des Bundesgebietes und des inneren gütlichen Reiches, sowie zur Pflege der Aboschachtelung des deutschen Volkes“. Schon dadurch ist Grundtätigkeit die gewalttätige Selbsthilfe des einen Bundesstaates gegen den andern ausgeschlossen und die Aufrechterhaltung der Reichs-

ordnung im Reich, sowie die Gewährleistung des Bestehens jedes Bundesgliedes als das oberste Prinzip der Verfassung hin-
 gestellt. Die „Voss. Zeitung“, welche in ihrer Nummer vom
 4. Juni d. J. den eben bezeichneten Gesichtspunkt noch weiter be-
 gründet, erinnert mit Recht daran, daß, „als im Jahre 1831 der
 deutsche Bundesstag den legitimen Kerkog Karl von Bayern zum
 Fürst regierungsunfähig und des Thrones verlustig erklärte, er
 schon vom Standpunkt der alten ständischen Anschauung jener
 Zeit den Beweis damit gab, wie das bloße Erbrecht eines Fürsten
 das Recht der Unterthanen und der Bundesglieder auf stitue
 Beobachtung von Gesetz und Verfassung nicht aufheben kann.“
 Das deutsche Reich hat zwar die Erbhaft des deutschen Bundes
 in seinem Punkte angetreten, es ordnet keine Angelegenheiten
 lediglich nach dem Inhalt der Verfassung und nicht mehr
 nach den früheren Staatsverträgen der verbündeten Regierungen,
 — was man aber dem seligen Bundesstag an Einsicht anerkann-
 timmer Thronrechte zu Gunsten der öffentlichen Wohlfahrt zugesandt,
 wird man dem Reich, dessen Aufgaben für Reichstags und
 Förderung des Volkswohls ungleich höher geworden sind, wohl
 nicht verzeihen dürfen. Die Ausübung eines legitimen Fürsten
 von einem deutschen Thron aus ständischen des innern Friedens
 und Gemeinwohls ist also kein neues revolutionäres Prinzip, wie
 die „Germania“ glauben machen will, sondern eine politische Not-
 wendigkeit, die man in Deutschland selbst zu einer Zeit erkannte,
 wo die Sehnsucht nach deutscher Einheit noch ins Bewusstsein führte.
 Für die Frage der Wohlthat des deutschen Volks darf es
 aber unmöglich einen Unterschied machen, ob das zu prüfende
 „legitime Recht“ bereits einen Thron einnimmt oder ihn nur
 präbendiert. Es muß eine Macht geben, welche kompetent ist,
 vorbeugende Maßregeln zu treffen und die Entstehung von Streit-
 igkeiten zu verhindern. Kommt in dem Bundesrat der monar-
 chische Charakter des deutschen Reiches zum Ausdruck, so muß
 auch für seine Kompetenz in Bezug auf Maßregeln für die Wohl-
 fahrt des deutschen Volkes die Verantwortung so weit sprechen, als
 nicht durch spezielle Rücksicht die Ausübung der Reichsgewalt
 anderen Faktoren übertragen ist. Der Zweck des Art. 76, der
 Streitigkeiten beilegen soll, würde zu illusorisch, wenn er nicht
 auch auf solche Willkürlichkeiten bezogen werden dürfte, die not-

wendig zwischen zwei Bundesstaaten eintreten müssen, wie das in der vorliegenden Frage zwischen Preußen und Braunschweig der Fall ist. Ist der Bundesrat nicht kompetent, nun, dann müßte Preußen in Braunschweig eintreten. Soll der Krieg zwischen den zu einem Staate verbundenen Gliedern erst abgewartet werden?

Gegenüber dem höhern Sinne des Art. 76 und dem Geiste der Vorsehung dürfen die sophistisch-juristischen Zweifel nicht aufkommen, ob Preußen als einzelner Staat des deutschen Bundes ein Recht habe, auf Grund des Art. 76 die Vermittelung des Bundesrates zur Schlichtung von Streitigkeiten anzurufen, welche zwischen verschiedenen Bundesstaaten thatsächlich noch gar nicht entstanden sind, mit andern Worten, ob der Bundesrat in der Lage sein werde, eine Entscheidung zu treffen, bevor seitens eines Bundesmitgliedes ein bestimmter Klageantrag vorliege, oder, wie es in der Sprache des Rechts heißt, *actio nata* vorhanden sei. Der von dem Reichskanzler bei dem Bundesrate gestellte Antrag vom 21. Mai stellt sich in dieser Beziehung auf den Standpunkt, der Art. 76 sei dahin zu verstehen, daß nicht nur vorhandene Streitigkeiten der Kompetenz des Bundesrates unterstehen, sondern daß derselbe auch berufen ist, dem Entstehen solcher Streitigkeiten vermittelnd vorzubeugen, wenn ein Antrag dahin gestellt wird. Dieser Auffassung widerspricht die „Kreuzzeitung“, indem sie annimmt, daß der Bundesrat sich voraussichtlich in dieser Frage für inkompetent erklären werde und daß dann wohl nichts weiter übrig bleiben werde, als die zum deutschen Bunde vereinigten Fürsten zu fragen, ob sie sich den Eintritt des Herzogs von Cumberland in ihre Gemeinschaft gefallen lassen wollen. Das sind Subtilitäten, die dahin führen müßten, den Herzog von Cumberland gemäß seines fürstlichen Erbrechts erst als Bundesfürsten einzusetzen, ehe man ihm den Prozeß machen könnte. Eine Subtilität ruft die andre hervor. Auf der entgegengesetzten Seite sind schon die Fiktionen zu Hilfe gerufen. Der Herzog von Cumberland, der keinen Bundesstaat hinter sich hat, und mit dem daher kein Bundesfürst einen Streit anfangen kann, ist angreifbar als Repräsentant eines „fingierten“ Bundesstaates. Auch hat er auf eine Entscheidung des Bundesrates angetragen, wenn auch nicht direkt, so doch durch die an die öffentliche Meinung gerichteten Proteste, also durch seine *Provocatio ad populum*. Man hat auch gesagt, es bleibe nichts übrig, als auf die bestehenden

gemeinrechtlichen Vorschriften zurückzugreifen und den Antrag vom 21. Mai als eine quasi provocatio ex lege diffamare aufzufassen, also als eine auch im Zivilrechte zulässige Aufforderung an einen andern, seine angeblichen Rechte beim Gerichte zu begründen, widrigenfalls ihm ewiges Stillschweigen auferlegt wird. Zur Anbringung einer solchen Provokation namens des Reiches sei jedes Bundesmitglied unbedingt befugt und sogar verpflichtet, welches ein Interesse an der Ruhe des Reiches habe. Unnützer juristischer Scharfsinn. Das Reich muß das Recht haben, Prä-tendenten, deren Ansprüche dem Bundesverhältnis schnurstracks widersprechen, von sich auszuschließen. Schaffe nun der Bundesrat den ersten Präzedenzfall.

Noch ein Wort über die Berufung der Kreuzzeitung auf eine Ansicht Könnes für ihre Behauptung, daß nach der Ansicht des Gesetzgebers durch die Verfassung dem Bundesrat keineswegs das Recht und die Pflicht zur materiellen Urteilsfällung in den bezeichneten Streitfällen auf Grund kontradiktorischen Verfahrens beigelegt werden sollte. Könne äußert sich in seinem „Staatsrecht des deutschen Reiches“ über den Absatz 1 des Artikels 76 der Reichsverfassung folgendermaßen:

„Unzweifelhaft ist zuvörderst, daß der Versuch des gütlichen Ausgleiches durch den Bundesrat nicht ausgeschlossen ist; aber aus den Vorberatungen der verbündeten Regierungen, sowie aus den Verhandlungen im sogenannten konstituierenden Reichstage ergibt sich, daß die Absicht der in Rede stehenden Bestimmung der Reichs-Verfassung nicht dahin gerichtet ist, die Entscheidung durch den Bundesrat selbst eintreten zu lassen, sondern vielmehr dem Bundesrat darüber zu übertragen, in welcher Art die Erledigung der Streitigkeit durch eine zu diesem Zwecke anzuordnende Austrägal-Instanz herbeizuführen sei.“

Nun, wenn dem wirklich so wäre, wenn die Ansicht Könnes keine willkürliche wäre, würde das die Lage des Herzogs von Cumberland irgendwie ändern? Die Berufung auf eine Entscheidung der deutschen Fürsten, wie solche die „Kreuzzeitung“ vorschlägt, findet weder in dem deutschen Staatsrechte, noch in dem Völkerrechte irgend welche Begründung, außerdem könnte die Befolgung dieses Rates für Deutschland deshalb gefährlich werden, weil die Meinungsverschiedenheit unter den Fürsten selbst nur mit dem Schwerte ausgeglichen werden könnte.

Lassen wir die „dürre Haide“ der spitzfindigen Wortklauberei.

„Rings herum liegt grüne Weide.“ Der „ewige Bund zum Schutze des Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechts, sowie zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes“, das ist der Boden, auf den wir uns zu stellen haben, wenn wir bei der Frage mitsprechen wollen, ob denn der souveräne Bundesrat in der Lage ist, drohende Streitigkeiten zwischen den Bundesstaaten und die damit für die Existenz des Reiches selbst verbundene Gefahr abzuwenden. Der Herzog von Cumberland selber bestreitet dem Bundesrate dieses Recht, wie er sein „legitimes Recht“ als unzweifelhaft ansieht und neben diesem Titel keine andern anerkennt in dem schon kurz berührten Schreiben, das er unter dem 4. Nov. 1884 an die deutschen Fürsten, mit Ausnahme des Kaisers, sowie an die freien Städte richtete, und das wir hier vollständig wiedergeben.

Eurer . . . habe Ich Mich beehrt, durch Mein Schreiben vom 18. v. M. den Antritt der Regierung des Mir zugefallenen Herzogtums Braunschweig anzuzeigen, unter Beilegung einer Abschrift des Patentes, mittelst dessen Ich diesen Regierungsantritt rechtsförmlich erklärt habe. Das Patent hatte Ich dem Staatsministerium in Braunschweig zur Kontratsignierung und Publikation zugesendet.

Aus den in Abschrift beigelegten Aktenstücken, einer Erwiderung des Staatsministeriums an Mich de dato 22. v. M., der darin in Bezug genommenen Kundgebung des preussischen Generalmajors Freiherrn v. Hilgers d. d. 18. v. M. und Meinem Erlasse an das Staatsministerium vom 2. d. M. bitte Ich Euch . . . gefälligst entnehmen zu wollen, daß und wiefern es in Braunschweig Anstand gefunden hat, Meinen Auftrag der Kontratsignierung und Publikation Meines Patents vom 18. Oktober d. J. zu vollziehen und was Ich dem Staatsministerium in Braunschweig darauf weiter zu erkennen gegeben habe.

Die Ausübung Meiner Regierung im Herzogtum Braunschweig ist hiernach zur Zeit auf Hindernisse gestoßen.

Das Recht aber Meiner Thronfolge steht nach Landesverfassung und fürstlicher Familienordnung fest und ist von keiner Seite angefochten.

Ebenso wenig steht Meiner persönlichen Thronfolgesehigkeit irgend welches rechtliche Bedenken entgegen.

Die Versagung Meiner Anerkennung und die Hinderung Meiner Regierung als Herzogs von Braunschweig würde daher von Reichswegen nicht ohne einen Eingriff in die Rechtsordnung, auf welcher das Deutsche Reich selbst beruht, möglich sein, einen Eingriff, zu welchem die Reichsverfassung keine Ermächtigung gibt und welcher um so bedeutender und gefährlicher sein würde, als er mit der Beeinträchtigung Meines souveränen Fürstenrechts zugleich das souveräne Recht aller Mitglieder des Deutschen Reichs gefährden würde.

Das souveräne Recht und die Unabhängigkeit der Mitglieder des

Deutschen Reichs ist durch die Reichsverfassung und die Verträge, auf welche diese Verfassung sich gründet, nur soweit beschränkt, als es in den Verträgen und der Verfassung besonders bestimmt ist. Vergeblich aber würde darin nach einer Bestimmung gesucht werden, welche zu Eingriffen in die nach Landes- und Fürstenrecht des Einzelstaats wohl begründete fürstliche Erbfolge von Reichs wegen berechtigte. Selbst diejenige Zuständigkeit, welche nach Art. 76 der Reichsverfassung im Absatz 2 für den Bundesrat und die Reichsgesetzgebung in „Verfassungsstreitigkeiten“ begründet ist, trifft vorliegenden Falls nicht zu. Denn zunächst fehlt es schon mit Rücksicht auf den § 231 der braunschweigischen Landschaftsordnung vom 12. Oktober 1832 an den Voraussetzungen, an welche diese Zuständigkeit des Reichs gebunden ist. Und sodann fallen unter den Begriff der Verfassungsstreitigkeiten nicht auch Streitigkeiten über Thronfolgerecht und Thronfolgefähigkeit, wie auch die Verhandlungen des Reichstages bei Beratung des entsprechenden Artikels der Verfassung des Norddeutschen Bundes im Jahre 1867 unzweideutig bestätigen.

Was aber noch die Art. 11 und 17 der Reichsverfassung anlangt, so genügt die Einsicht in den Wortlaut dieser Artikel, um zu zeigen, daß auf deren Bestimmungen ein Recht des Reichs zur Entscheidung von Fragen der Erbfolgeordnung oder Erbfolgefähigkeit in den einzelnen Bundesstaaten nicht gegründet werden kann.

Vertrauensvoll gebe Ich Mich der Hoffnung hin, daß jede vom Deutschen Reiche ausgehende Hinderung Meiner Thronfolge und Regierung im Herzogtum Braunschweig baldigst werde beseitigt werden und Eure . . . ersuche Ich angelegentlich, bundesfreundlich hierauf hinwirken zu wollen, indem Ich die Versicherung voller Erwiderung bundesfreundlicher Gesinnung gegen alle Mitglieder des Reichs von Meiner Seite wiederhole.

Ich schließe mit dem Ausdrucke Meines lebhaften Bedauerns, daß Ich nach der Ablehnung Meines Notifikationschreibens vom 18. v. Mts. seitens Sr. kaiserlichen und königlichen Majestät des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen leider Bedenken habe tragen müssen, zur Zeit ein diesem entsprechendes Schreiben auch an Allerhöchstdenselben zu richten.

Gmunden, den 4. November 1884.

(m. p.) Ernst August.

Das „legitime Recht“ des Prätendenten mag feststehen. Der preußische Antrag beim Bundesrat geht auf die mögliche Anfechtung nicht ein, weil die politischen Erwägungen für die Ausschließung des Herzogs der preußischen Regierung vollkommen ausreichend erscheinen. Es mag aber erwähnt werden, daß das „legitime Recht“ des Herzogs sehr ernstlich in Frage gestellt ist durch den Umstand, daß durch die Vereinigung Hannovers mit Preußen der Grund und Zweck der Erbverbrüderung der beiden welfischen Linien weggefallen ist. Es sollten dadurch, wie auch in der Braunschweigischen Verfassung ausgesprochen ist, Hannover

und Braunschweig vereinigt werden. Man wird darin einen ausreichenden Grund erblicken dürfen, den Erbanspruch des Herzogs von Cumberland prinzipiell zu bestreiten.

Der Herzog von Cumberland sagt in dem Zirkular vom 4. November 1884, das Recht seiner Thronfolge stehe nach Landesverfassung und fürstlicher Familienordnung fest und sei von keiner Seite angefochten; ebensowenig stehe seiner persönlichen Thronfolgefähigkeit irgend welches rechtliche Bedenken entgegen. Eine Versagung seiner Anerkennung oder Hinderung seiner Regierung würde ein Eingriff in die Rechtsordnung sein, auf welcher das deutsche Reich selbst beruhe. Wie wir gesehen, ist das Recht der Thronfolge sehr wohl anfechtbar, es stehen auch der persönlichen Thronfolgefähigkeit politisch-rechtliche Bedenken entgegen, und würde die Versagung der Anerkennung oder die Hinderung gerade auf der Rechtsordnung des Deutschen Reiches beruhen.

Der Herzog von Cumberland übersieht durchaus, daß Braunschweig nicht mehr ein einzelnes für sich bestehendes Land, sondern ein Teil des deutschen Reiches ist; der Erbe des Thrones von Braunschweig soll nicht bloß Herzog von Braunschweig sein, sondern er muß zugleich Bundesmitglied, also Bundesgenosse aller derjenigen Fürsten sein, welche zum deutschen Reiche gehören. Ja, diese letztere Eigenschaft ist so wichtig, daß ein Fürst, welcher aufhören würde Bundesgenosse zu sein, damit zugleich aufhören würde, Regent eines deutschen Landes zu sein. Der Herzog von Cumberland hat noch keinen Schritt dazu gethan, um Bundesgenosse zu werden.

Er irrt nun, wenn er glaubt, daß seine Thronfolge auf demselben Rechtstitel beruhe, wie jede andere Succession in einem deutschen Lande. Denn erstens gehört er nicht zum deutschen Reiche, sondern will als fremder Prinz in dasselbe eintreten; zweitens beruht sein Erbfolgerecht nicht auf einem solchen Verwandtschaftsgrade, der an sich zur Erbfolge berechtigte, denn dann wären Verträge und Grundgesetze nicht nötig gewesen; er muß bis auf das Jahr 1569 zurückgehen, um seine Verwandtschaft mit dem Braunschweiger Herzogshause nachzuweisen, und es lassen sich sehr viele Beispiele aus der deutschen Geschichte anführen, daß ein so weitläufiger Verwandtschaftsgrad weder vom Kaiser noch vom Reichstage bei Verleihung erledigter Herzogtümer berücksichtigt worden ist. Das Erbrecht des Herzogs von Cumberland beruht vielmehr auf dem Staatsgrundgesetz, welches

im Jahre 1832 von den gesetzgebenden Faktoren zustande gekommen ist.

Daß Braunschweig inzwischen Mitglied des deutschen Reiches geworden ist, und da diese Eigenschaft allen andern staatsrechtlichen Verbindlichkeiten vorangeht, so ist klar, daß die provisorische Regierung keinen Thronfolger zulassen kann, der mit den übrigen deutschen Fürsten nicht im Bundesverhältnis steht. Der Herzog von Cumberland hat sich noch nicht darum bemüht, in den Bund aufgenommen zu werden, ja, Preußen steht er als ausgesprochener Feind gegenüber. Wie kann er sich wundern, wenn das loyale Bundesglied Braunschweig ihn ablehnt? Natürlich ist es, daß Preußen ihn nicht als Bundesgenossen ansehen kann, insofern dessen können es die andern Regierungen auch nicht.

Da nun der Erbanpruch des Herzogs von Cumberland nicht auf Geburt, sondern auf dem Staatsgrundgesetz beruht, welches nach Absetzung des vorigen Herzogs die braunschweigischen Stände mit dem Herzog Wilhelm festgestellt haben zu einer Zeit, wo ein Zweifel an der Successionsfähigkeit der jüngeren Lüneburger Linie noch nicht existierte, so ist bei der jetzigen Veränderung der Situation Braunschweig doch auf keinen Fall verpflichtet, wegen jenes Gesetzes von 1832 seinen Thron unbesezt oder nur provisorisch durch einen Regenten verwalten zu lassen, zumal das Land Braunschweig keine Schuld an der Unmöglichkeit des damals acceptierten Thronfolgers trägt. Das Regentschaftsgesetz vom Jahre 1879 hat glücklicherweise dafür gesorgt, daß ein gesetzlicher Zustand in Braunschweig existiert, auch bei Verhinderung des in Aussicht genommenen Thronfolgers. Wenn nun Regentschaft und Landesvertretung das Gesetz von 1832 als nicht mehr im Interesse des Landes liegend erkennen, so sind beide vollständig berechtigt, durch ein neues Gesetz die Thronfolge anders festzustellen.

Ebenso sind sie, als die berechtigten gesetzgebenden Faktoren, auch in der Lage, das Gesetz von 1879 abzuändern. Denn es dürfte sich wohl schwerlich ein deutscher Prinz finden, der lediglich als Regent den Thron Braunschweigs so lange warm hält, bis es dem Herzog von Cumberland oder dereinst seinem Sohne gefällig ist, Garantien seiner friedlichen Gesinnung zu geben. Wenn deshalb die gesetzgebenden Faktoren Braunschweigs das Thronfolgesetz von 1879 dahin abändern, daß sie statt eines Regenten einen erblichen Herzog einzusetzen beschließen, so kann sie auch

darin niemand hindern, sobald nur ihre Wahl auf einen solchen Fürsten fällt, welcher von den übrigen Reichsmitgliedern als Bundesgenosse acceptiert wird. *)

Der Herzog von Cumberland ist bislang nicht von der Idee abgewichen, er habe durch seine Erklärung, die Reichsverfassung anzuerkennen, alles gethan, was man von ihm verlangen und was er konzedieren könne. Er hat nicht in bestimmter klarer Weise auf Hannover verzichtet und loyal mit Preußen Frieden geschlossen. Und das wäre zunächst das mindeste, um dasjenige Bundesverhältniß zu ermöglichen, ohne welches das „legitime Recht“ nun und nimmermehr zur Geltung kommen könnte.

So bauen sich in der Braunschweiger Frage drei Systeme auf. Der Prätendent und seine Anhänger sagen: Das „legitime Recht“ ist auf ihrer Seite, und darüber kann keine andre Rücksicht geltend gemacht werden; würde der Herzog von Cumberland als regierender Fürst sich bundeswidrig verhalten, so bringe man gegen ihn die vom Bundesrate zu beschließende und vom Kaiser zu vollziehende Exekution zur Anwendung.

Auf einem höhern Standpunkt wird das „legitime Recht“ ebenfalls anerkannt. Aber der Prätendent soll zuvor dem „ideellen“ Kriege mit Preußen entsagen, Frieden schließen und in unzweideutiger Weise auf Hannover für immer verzichten. Über diesen Standpunkt ragt wieder hinaus der preussische Antrag beim Bundesrate. Er läßt das „legitime Recht“ in der Schwebe, sieht auch in einem persönlichen Verzicht auf Hannover keine genügende Sicherheit gegen welsche Umtriebe, und entnimmt alle seine Argumente gegen die Einreihung des Herzogs von Cumberland unter die deutschen Fürsten dem Gesichtspunkte der Vorschubleistung, die ein Bundesstaat mit welscher Spitze für die Zwecke der Partei böte.

Für den ersten Standpunkt, auf dem allein das „legitime Recht“, d. h. das Erbrecht geltend gemacht wird, ist das Firkularschreiben des Herzogs vom 4. Nov. 1884 das offizielle Dokument. Es hat den preussischen Antrag vom 21. Mai zur Gegen schrift, die in allem auf entgegengesetzten Anschauungen beruht, indem sie nur das politische Moment in die Waagschale legt. Der mittlere Standpunkt, der die Erbfolge des Prätendenten an die Bedingung eines legalen Friedensschlusses mit Preußen knüpft,

*) „Post“ No. 299. 1884.

hat kürzlich eine offizielle Darlegung in einem Aktenstücke gefunden, das hier vollständig wiedergegeben wird, weil es unter den Dokumenten in der Braunschweigischen Frage durch die Stellungnahme zwischen zwei entgegengesetzten Standpunkten und durch die Einwirkung, die es auf die Lösung der Frage gewinnen könnte, andrerseits durch die nach allen Seiten von dem einmal angenommenen Standpunkte aus gründliche Beleuchtung der ganzen Sachlage einen wichtigen Platz einnimmt.

Das „Braunschweiger Tageblatt“ sagt unter dem Titel: „Rechtsstandpunkt in der Braunschweigischen Erbfolgefrage“:

Da in dem Mannesstamme des fürstlichen Gesamthauses Braunschweig-Lüneburg durch den Tod des Herzogs Wilhelm die ältere Manneslinie — das Haus Braunschweig — erloschen ist, so würde den erledigten braunschweigischen Thron mithin, dem braunschweigischen Landesgrundgesetze von 1832 (§ 14) gemäß, nach der Linealerbfolge, die jüngere Manneslinie — das Haus Hannover — und in derselben nach dem Rechte der Erstgeburt der Herzog Ernst August von Cumberland zu erben haben.

Der Herzog erhebt in der That Anspruch und verspricht, die Regierung des Herzogthums nach Maßgabe der Verfassung des Deutschen Reiches, sowie der Landesverfassung führen und unter Versicherung bei seinem fürstlichen Worte entsprechend der Bestimmung im § 4 die Landesverfassung in allen ihren Bestimmungen beobachten, aufrecht halten und beschützen zu wollen. Dennoch stößt er auf Widerstand im Lande wie im Reiche. Worin liegt die Ursache? Einfach darin, daß er vom braunschweigischen und deutschen Standpunkt nicht König von Hannover ist, gleichwohl aber als solcher sich aufsieht und, soviel möglich, sich bethätigt, daher auch nur als Herzog von Braunschweig unter dem Vorbehalte, als König von Hannover das Gegenteil zu thun, die Landes- und die durch Landesgesetz auch für Braunschweig verbindlich gewordene Reichsverfassung anzuerkennen bereit ist.

Die Veränderungen, welche die Jahre 1866 und 1870/71 für Deutschland mit sich brachten, namentlich die preussische Eroberung und Einverleibung des Königreichs Hannover und die Errichtung erst des Norddeutschen Bundes, nachher des Deutschen Reiches und Kaisertums gelten ihm in seiner Stellung zu Hannover als nicht vorhanden. Nach dem im Juni 1878 erfolgten Ableben seines Vaters Georg V. erklärte er auf das feierlichste, daß er alle Rechte, Prärogationen und Titel, welche seinem Vater überhaupt und insbesondere auf das Königreich Hannover zustanden, kraft der in seinem Hause bestehenden Erbfolgeordnung auf sich übergegangen betrachte und voll und ganz aufrecht halte, daher den Titel eines Herzogs von Cumberland und zu Braunschweig und Lüneburg nur einstweilen annehme. Als Prästendent des Königreichs Hannover trat er in der vom Ableben seines Vaters gemachten Anzeige dem Könige von Preußen gegenüber so gegenüber, als wäre der König weder Besitzer der Provinz

Hannover, noch selbst deutscher Kaiser. Als Prätendent verweigert er nach dem Vorgange seines Vaters noch heute, den Krieg, welcher im Jahre 1866 zwischen Hannover einerseits und Preußen samt dem schon damals zu Schutz und Trutz verbündeten Braunschweig*) andrerseits geführt wurde, durch Friedensschluß zu beendigen. Aufgegeben sind diese Ansprüche nirgends, weder in Worten, noch in Thaten. Das Schweigen des Herzogs von Cumberland und die Fortsetzung der welfischen Agitation in der Reichs-, Landes-, Provinzial- und Kommunalvertretung, in der Presse, in Versammlungen, bei Wahlen u. s. w. beweisen das Gegenteil.

Verträgt sich diese Haltung mit der Regierung des Herzogtums und dessen Teilnahme am deutschen Reiche? Man erwäge.

Alle zum Deutschen Reiche verbundenen Staaten schließen einen ewigen Bund zum Schutze des Bundesgebiets und des innerhalb desselben gültigen Rechts (Eingang zur Reichsverfassung). Das Königreich Preußen mit allen im Jahre 1866 eroberten Provinzen, insbesondere auch mit der Provinz Hannover (N.-V. Art. 6) und das Herzogtum Braunschweig sind Mitglieder dieses Bundes. Beide Staaten Gebiete bilden Teile des Bundesgebiets. Der König von Preußen und der Herzog von Braunschweig verbürgen sich also wechselseitig ihre zum Reiche gehörenden Lande, und das Reich schützt sich in deren Innehaltung. Wie denkt es nun der Herzog von Cumberland einzurichten, zu gleicher Zeit nötigenfalls durch Waffengewalt dem Könige von Preußen den Besitz des vormaligen Königreichs Hannover als Herzog von Braunschweig unter dem Beistande des Reichs zu erhalten, als Prätendent von Hannover im Kampfe gegen das Reich zu entreißen?

Die braunschweigische Regierung hat nach dem Jahre 1866 in mannigfaltigen Bekanntmachungen, Verordnungen und Gesetzen die vormalshannoversche Landesgrenze als königlich preussische Landesgrenze, vormalshannoversche Gebietsteile als königlich preussische Gebietsteile, das vormalige Königreich Hannover als preussische Provinz anerkannt, mit Preußen über Hoheits- und Vermögensrechte, öffentliche und fiskalische Besitzungen des vormaligen Königreichs Hannover Staatsverträge geschlossen, beispielsweise über Eisenbahnen auf vormalshannoverschem Gebiete, über Beförderung internationaler Rechtspflege, über die Verhütung von Forstfreveln in Grenzwaldungen und die Bearbeitung der Auseinandersetzungsgeschäfte in Grenzgebieten der Provinz Hannover einerseits und des Herzogtums Braunschweig andrerseits über den Eintritt von Forstgrundstücken aus der königlich preussischen (vormalshannoverschen) in herzoglich braunschweigische Hoheit, über die Vertauschung und die Teilung jetzt vom Königreiche

*) Der Bundesvertrag von 1866 lautet: Art. 1. Die Regierungen von Preußen, Sachsen-Weimar, Oldenburg, Braunschweig u. s. w. schließen ein Offensiv- und Defensivbündnis zur Erhaltung der Unabhängigkeit, Integrität und der inneren und äußeren Sicherheit ihrer Staaten und treten sofort zur gemeinschaftlichen Verteidigung ihres Besitzstandes ein, welchen sie sich gleichzeitig durch dieses Bündnis garantieren. Art. 2. Die Zwecke dieses Bündnisses sollen definitiv durch eine Bundesverfassung festgestellt werden.

1. Die Abnahme der Bevölkerung ist eine Folge der Abnahme der Geburtenrate. Die Geburtenrate ist die Anzahl der Kinder, die eine Frau im Durchschnitt zur Welt bringt. Diese Rate ist in den letzten Jahrzehnten stark gesunken. Die Gründe dafür sind vielfältig. Ein wichtiger Faktor ist die Zunahme der Bildung und der beruflichen Möglichkeiten für Frauen. Wenn Frauen besser ausgebildet sind und eine Karriere verfolgen können, tendieren sie dazu, später zu heiraten und weniger Kinder zu bekommen. Ein weiterer Faktor ist die Zunahme der Kosten für die Kindererziehung. Die Kosten für Wohnraum, Bildung und Gesundheitsversorgung sind in den letzten Jahrzehnten stark gestiegen. Dies macht es für viele Familien schwieriger, Kinder zu bekommen. Ein dritter Faktor ist die Zunahme der Lebenserwartung. Wenn Menschen länger leben, tendieren sie dazu, weniger Kinder zu bekommen. Dies ist eine Folge der verbesserten Gesundheitsversorgung und der Lebensbedingungen. Die Abnahme der Geburtenrate ist ein wichtiger Faktor für den Bevölkerungsrückgang. Wenn die Geburtenrate unter dem Ersatzniveau liegt, wird die Bevölkerung in Zukunft schrumpfen. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Sozialstruktur eines Landes. Die Regierung muss Maßnahmen ergreifen, um den Bevölkerungsrückgang zu stoppen. Dies kann durch die Förderung der Geburtenrate erreicht werden. Eine Möglichkeit ist die Einführung von Kinderbonuszahlungen. Eine andere Möglichkeit ist die Verbesserung der Kindererziehungskosten. Die Regierung muss auch Maßnahmen ergreifen, um die Lebenserwartung zu verlängern. Dies kann durch die Verbesserung der Gesundheitsversorgung erreicht werden. Die Abnahme der Bevölkerung ist ein ernstes Problem. Die Regierung muss Maßnahmen ergreifen, um den Bevölkerungsrückgang zu stoppen. Dies ist nur durch eine Kombination aus verschiedenen Maßnahmen möglich.

rium das reichstreuere Herzogtum in ein welfisches Heerlager umzuwandeln, auch als Herzog von Braunschweig mittels der Einrede unbilligen Begehrens (*exceptio doli*) zurückgewiesen zu werden.

Sein Erbieten zur Ausstellung der nach der braunschweigischen Verfassung (§ 4) den Regierungsantritt im Herzogtum begleitenden Reversalien vermag uns nicht zu beruhigen. Freilich soll man ein Fürstenwort weder drehen noch deuten; allein ein Fürstenwort soll auch unumwunden und unverfänglich sein, nicht gleich den verheißenen Reversalien als zweiföpfiger Janus ein freundliches Herzogsantlitz aufzeigen, erfüllt von Reichs- und Verfassungstreue mit dem verschwiegeneu Hintergedanken, bei erster beßer Gelegenheit das feindliche Prätendentengesicht vorzulehren, sei es selbst mit Krieg und Verheerung. Solcher Versicherung entspricht nur ein Huldigungseid mit dem Gegenvorbehalte, dem Huldigungsempfänger, so oft das Prätendentenangesicht in das Auge fällt, nicht nur Treue, Ehrfurcht und Gehorsam zu versagen, sondern auch in dem auf Seite der Landes- einwohner hochverrätherischen Treiben, Hannover als Provinz von Preußen, als Bundesgebietsteil vom Reiche loszureißen (*Estrafgesetzbuch* § 81, Z. 3, 4) nach besten Kräften Widerstand zu leisten. Also auf beiden Seiten verkleidete Doppelzüngigkeit und verhälttes Mißtrauen mit der unausbleiblichen Wirkung verderblichen Schwankens und Wankens der Unterwerfung haben und der Herrschaft drüben.

Aber weiter noch! Der bisher in seinen Konsequenzen entwickelte Standpunkt ist überhaupt unhaltbar. Die angenommene Zwiëpältigkeit des Herzogs je nach seiner Eigenschaft als Prätendent von Hannover und als Herzog von Braunschweig widerspricht der Natur. Den einigen und unteilbaren Leib beherrscht eine einige und unteilbare Seele, die nicht zugleich friedlich und kriegerisch, feindlich und freundlich gesinnt sein kann. Was bedeutet demnach der vom freien Willen des Herzogs von Cumberland gefaßte und nach dem Tode des Herzogs Wilhelm ohne Wandel festgehaltene Entschluß, die bisherige Feindschaft gegen Land und Reich unverändert fortzusetzen? Dem schlichten Sinne des Volkes wie der Strenge des Rechts: nicht Annahme der braunschweigischen Erbschaft, sondern das gerade Gegenteil. Mag immerhin der Thronerbe einer besonderen Antrittserklärung überhoben sein, weil der Staat keine Unterbrechung seiner höchsten Willensvertretung gestattet, dennoch kann mit nichten, wer offen oder heimlich gegen Land und Reich im Kriegszustande verharret, im Grunde die Absicht hegen, sich wie im Frieden zu des Landes Schirmherr und des Reiches Bundesfürsten aufzuwerfen. Mit Recht sagt Hugo Grotius^{*)}: „Der Wille, zu herrschen, und der Wille, zu verderben, können nicht zugleich bestehen. Wer sich daher als Feind des ganzen Volkes erklärt, entsagt damit ohne weiteres der Herrschaft“. Und fast gleich es sogar einer vorgeahnten Anwendung auf Hannover und Braunschweig und den Herzog von Cumberland, wenn der Verfasser hinzusetzt: „Herrschaft jemand über

^{*)} De jure belli et pacis I, 4, § 11: Consistere simul non possunt voluntas imperandi et voluntas perdendi. Quare qui se hostem totius populi profitetur, is eo ipso abdicat regnum.

mehrere Völkerschaften, so kann es vorkommen, daß er zu Gunsten der einen Völkerschaft die andre dem Verderben weihet“^{*)}).

Aus denselben Gründen ist seit dem Tode des Herzogs Wilhelm das betreffs seiner Gültigkeit unbestrittene braunschweigische Regentenschaftsgesetz vom 16. Februar 1879 in Wirksamkeit getreten und die Voraussetzung, daß der erberechtigte Thronfolger am sofortigen Regierungsantritte behindert sei, ohne Anstand nicht allein von dem braunschweigischen Ministerium, dem auf Grund des Gesetzes gebildeten Regentenschaftsrat und der braunschweigischen Landesversammlung, sondern auch vom deutschen Kaiser und — durch Zulassung von Bevollmächtigten des Regentenschaftsrates als Vertreter Braunschweigs — schließlich selbst vom Bundesrat als gegeben anerkannt.

Weil der Fürst als höchster Vertreter des Staatswillens die Seele im Staate ist und in der Ordnung und Anstalt des Staates aufgehen soll, wie der Staat in der Person des Fürsten aufgeht; weil nach v. Gerbers überzeugenden Ausführungen „Gesammelte Abhandlungen“ T. I, S. 454 ff. nicht der Thronerbe den Staat empfangt, um ihn in sein individuelles Recht zu bringen, sondern der Staat in der durch lebendige Entwicklung gewonnenen Gestalt den Thronerben in sich aufnimmt, damit dieser fortan die dem Staatsoberhaupt nach Maßgabe der bestehenden objektiven Rechtsordnung zukommende Wirksamkeit entfalte und denjenigen Einrichtungen obliege, welche der Staat von diesem seinem höchsten Gliede zu seiner eigentümlichen Lebensäußerung erwartet und bedarf: so ist die volle und wirkliche Hingabe an das durch Landes- und Reichsverfassung bestimmte Wesen des Herzogtums Braunschweig unerlässlich, damit der Herzog von Cumberland sowohl das habe, was sich ihm eröffnet hat, die herzoglich braunschweigische Amtsgewalt mit denjenigen Rechten und Pflichten, die sie landes- und reichsverfassungsmäßig in sich birgt, als auch das sei, wozu er berufen ist, die Personifikation des eigenartigen braunschweigischen Staats- und Reichsbestandteiles. Kurz der Herzog von Cumberland kann unmöglich, so lange er König von Hannover zu sein beansprucht und nicht unzweideutig voll und ganz auf Hannover verzichtet, als Herzog von Braunschweig und als deutscher Bundesfürst den braunschweigischen Thron einnehmen; wie er sich ihm darbietet. Entweder Verzicht auf Hannover oder Verzicht auf Braunschweig und zufolge dieses Entweder-Oder bei anzunehmender Ablehnung des Verzichts auf Hannover anzunehmende Ablehnung der Thronfolge in Braunschweig. Das ist der dem geraden und unbefangenen Urteile sich ungefucht empfehlende Rechtsstandpunkt, auf welchem zum Heile von Land und Reich unentwegt festzustehen, nur böser Wille oder beschränkte Verblendung den redlichen Braunschweigern als Abfall von Ehre und Pflicht zur Last legen kann. Der Regentenschaftsrat würde gegen zweifelloso Bestimmungen des Regentenschaftsgesetzes verstoßen, wollte er die feindliche Haltung des Herzogs von Cumberland nicht als fortdauerndes des noch so erbberechtigten Thronfolgers am sofortigen Re-

^{*)} Quod si pluribus populis imperet, accidere potest, ut unius populi in gratiam alterum velit perditum.

gierungsantritte würdigen und ohne vorgängige Änderung derselben die provisorische Regierung in Ermangelung sonstiger Entscheidungen vor Ablauf eines Jahres nach dem Tode des Herzogs Wilhelm aufhören lassen.“

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ hat dieses ausführliche Aktenstück an der Spitze ihrer ersten Kolonne wörtlich wiedergegeben, ohne daran eine Bemerkung zu knüpfen. Es ist glücklicherweise dafür gesorgt, daß der in jenem Dokument eingenommene Standpunkt, der als derjenige vieler deutschen Fürsten bezeichnet wird, nicht mit dem preussischen Antrage in Konflikt kömmt. Es ist nichts davon bekannt geworden, daß der Herzog in neuerer Zeit andern Sinnes geworden ist und sich zum ausdrücklichen Friedensschluß mit Preußen in bezug auf Hannover hinneigt. Da aber kein deutscher Fürst es für möglich hält, daß der Herzog von Cumberland nach Braunschweig komme, ohne vorher in bestimmter Weise auf Hannover verzichtet zu haben, so ist dadurch die Sache von vornherein entschieden und es bedarf der preussischen Motivierung vom 21. Mai nicht weiter, welcher bekanntlich weder die Verzichtleistung, noch irgend welche andre Garantie seitens des Herzogs nicht genügen würde, da eine ganze Partei keine Bürgschaften für ihr Wohlverhalten geben kann.

Nur in einem Punkte könnte aus der Natur der preussischen Argumente und den Anschauungen der Fürsten eine Differenz hervorgehen. Letztere hoffen, für den Sohn des Herzogs von Cumberland den Thron zu retten. Die preussische Motivierung würde die welfische Dynastie überhaupt ausschließen, um nirgends ein Bollwerk für die Partei an einem deutschen Hofe aufkommen zu lassen.

Ein loyaler Friede des Herzogs würde immer noch nicht die Partei binden, und ein Verzicht hätte für die legitime Deszendenz des Prätendenten nicht die geringsten Nachteile, denn dieselbe könnte für alle Zukunft den Thron von Hannover ex pacto et providentia majorum reklamieren. Die Frage der braunschweigischen Thronfolge ist in erster Reihe eine politische, und bei einer richtigen Würdigung derselben unter diesem letzteren Gesichtspunkte stellen sich den Ansprüchen des Herzogs unüberwindliche Bedenken entgegen.

Es liegen unzweifelhafte Beweise dafür vor, daß der Herzog von Cumberland bis zu dem Tode des Herzogs von Braunschweig der unveröhnlichste Gegner von Kaiser und Reich gewesen ist. Eines der betreffenden Beweisstücke ist der Brief an den Kaiser

aus dem Jahre 1878, in welchem der Herzog auf das bestimmteste erklärt, „daß er alle Rechte, Prærogative und Titel, welche seinem Vater überhaupt und insbesondere auf das Königreich Hannover zustanden, kraft der in seinem Hause bestehenden Erbfolgeordnung auf sich übergegangen betrachte und voll und ganz aufrecht halte“, daß der Herzog seinen damaligen Standpunkt aufgegeben habe, können seine Anhänger wohl behaupten, aber es steht ihrer Behauptung auch nicht der Schein eines Beweises zur Seite. Hätte der Herzog wirklich den ernststen und offenen Willen, Kaiser und Reich anzuerkennen, so wäre es ihm ein leichtes gewesen, denselben in einer ebenso bestimmten wie unumwundenen Form zu äußern, wie er es seiner Zeit in den Protesten gegen die bestehende Rechtsordnung gethan hat. Eine solche Äußerung liegt aber nicht vor.

„Aber selbst wenn auch eine unumwundene Willensäußerung vorläge — das ist der leitende Gesichtspunkt für die preussische Regierung wie für die große Mehrzahl der deutschen Nation, welchem man bereits im November v. J., nach dem Tode des Herzogs von Braunschweig, einen Ausdruck gab — so würde doch einer Berücksichtigung der welfischen Ansprüche der Grundsatz entgegenstehen: *facta loquuntur*. Die Thatfachen ergeben zur Evidenz, daß ein ernstster Wille unmöglich vorhanden sein kann. Der Herzog hat sich seine ganze Gefolgschaft ausschließlich aus den Reihen einer Partei gewählt, welche die ständigen Hospitanten des Zentrums bilden, also aus einer Partei, die, was ihre Treue zu Kaiser und Reich betrifft, auf einer Linie rangiert mit der polnischen und französischen Fraktion. Der Herzog hat damit gemeinsame Sache mit einer Koalition gemacht, an deren Spitze der thätigste und geschickteste Gegner des protestantischen Kaisertums steht. In dem Zentrumsführer verschmelzen sich in der That die beiden entschiedensten Oppositionen gegen Kaiser und Reich: die welfische und die ultramontane. Wenn der Herzog von Cumberland und seine Gefolgschaft sich unter die Schutzherrschaft des Zentrums in ebendenselben Augenblicke stellen, in welchem letzteres eine feindseligere Stellung als bisher gegen die Regierung und die bestehenden Einrichtungen einnimmt, so kann man dem Reiche nicht zumuten, daß es sich dazu bereit finde, in Braunschweig das Hauptquartier der welfischen Politik aufschlagen zu lassen. Jeder gewissenhafte Politiker wird es weit von sich weisen, das Reich, welches unter so schweren Opfern gegründet worden ist, einer der-

artigen Gefahr auszuweichen. Unsere Regierung ist stets konsequent und entschlossen für das monarchische Prinzip und die Fürstenrechte eingetreten. Wir sind aber überzeugt, daß sie nicht den Frieden von 45 Millionen Menschen den Sonderinteressen eines wenn auch noch so alten und vornehmen Hauses opfern wird. Und um nichts Geringeres als um ein solches Opfer würde es sich handeln, wenn die Ansprüche des Herzogs von Cumberland auf den braunschweigischen Thron anerkannt würden“.

Wir fassen das Fazit unsrer Erörterungen dahin zusammen: Weber die preussische Provinz Hannover, noch die Bevölkerung Braunschweigs darf aus sentimentalischen Erwägungen der Beunruhigung durch eine fürstliche Familie ausgesetzt werden, die, wenn sie endgültig in die Reihe des deutschen Adels zurücktritt, nur das seit dem Reichs-Deputations-Hauptschluß ein paar hundert deutschen Dynastien zugefallene Schicksal teilt.

Wenn der Prätendent in seinem Zirkular vom 4. November 1884 mit der Beeinträchtigung seines souveränen Fürstenrechts dasjenige aller Mitglieder des deutschen Reiches als gefährdet ansieht, so sagen wir: „Es gibt Legitimität und Legitimität, diejenige des im Jahre 1830 aus Braunschweig vertriebenen Herzogs Karl hat deutsche Regierungen, welche sonst auf das Recht der Legitimität ganz besonders eifersüchtig waren und daneben nur die Revolution sahen, nicht gehindert, sie höheren Rücksichten zum Opfer zu bringen.

Die hochkonservative Partei in Preußen unternimmt es wiederum, auf demjenigen Gebiete sich dem leitenden Staatsmann entgegen zu werfen, auf dem alles Große und Herrliche, was wir erreicht haben, im Widerspruche mit den Grundsätzen der Partei zustande gekommen ist, auf dem Gebiete, auf dem jeder Widerstand erfahrungsmäßig derselben Partei schwere Einbuße an Macht, an Einwurzelung im Volke, an Gewicht in der Regierung des Kaisers und seines ersten Ratgebers gekostet hat, nämlich auf dem nationalen Gebiete. Man kann um praktischer Notstände willen den Ultramontanen sehr weit entgegenkommen. Aber keine Partei, und am wenigsten eine konservative, macht ungestraft gemeinschaftliche Sache mit den Welsen, welche ausdrücklich, bis in den Reichstag hinein, erklären: die Dinge von 1866 wieder rückgängig machen zu wollen. Dazu bietet die hochkonservative Partei in Preußen die Hand. Wie weit ist es von da noch bis zur gemeinschaftlichen Sache mit den Polen?

U n h a n g.

Die Welfen und das Reich.

Unter obiger Überschrift brachte im November v. J. die „Nordb. Allgem. Ztg.“ eine Veröffentlichung, welche wie folgt begründet wurde.

„Nachdem der Herzog von Cumberland seine Absicht, das Hauptquartier der welfischen Politik in Braunschweig aufzuschlagen, öffentlich kundgegeben hat, dürfte es von Interesse sein, die Briefe, in welchen der König Georg f. B. die Wege und Ziele dieser Politik dargelegt hat, sowie einige in gleicher Richtung charakteristische Berichte seiner Agenten weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Der Herzog von Cumberland hat sich in dem Schreiben vom Juli 1878, in welchem er Sr. Majestät dem Kaiser den Tod seines Vaters anzeigt, vollständig auf den Standpunkt des Königs Georg gestellt, so daß der Inhalt dieser Schriftstücke auch für ihn gilt. Wir geben dieselben in folgendem wörtlich wieder, nur unter Weglassung einiger dem Strafgesetzbuch zuwiderlaufenden oder das Decorum verletzenden persönlichen Bemerkungen“.

Es wurden zunächst einige Briefe des Königs Georg aus dem Juli 1866 und Juni und Juli 1867 an mehrere seiner Agenten mitgeteilt. Es war längst bekannt, daß der König Georg ohne alle Scheu darauf hinarbeitete, Frankreich zum Kriege gegen Deutschland zu heizen, um mit seiner Hilfe Hannover zurückzuhalten; in den vorliegenden Schriftstücken, die übrigens teilweise schon veröffentlicht wurden, spricht er dies ganz unumwunden aus. Wir heben einige besonders bezeichnende Stellen hervor. Am 10. Juli 1866 schreibt König Georg von dem altenburgischen Schlosse „Fröhliche Wiederkehr“ aus, wohin er nach der Schlacht von Königgrätz gegangen war:

Da Graf Bremer gleichzeitig mit Ihrem Telegramm, worin Sie meine Abreise dringend anheingegeben, hier eintraf, so sende ich ihn nach Ems, damit er Ihnen, denen die augenblicklichen Verhältnisse in Hannover nicht bekannt sein können, mündlich jene Gründe gegen meine Abreise nach Wien entwidelse.

Berschweigen kann ich Ihnen nicht, daß ich jene Auffassung nicht zu teilen vermag, da ich überall nicht verstehe, weshalb meine Anwesenheit in Wien Preußen mehr verstimmen kann, als es durch die Politik, die ich Gott sei Dank, geführt, und so Gott will, rücksichtslos fortzuführen beabsichtige, weil nur sie allein durch des Dreieinigten Gottes gnädigen und mächtigen Beistand zum richtigen Ziele führen wird, schon verstimmt ist. Ferner wird meiner Ansicht nach Österreich und jeder einzelne seiner Verbündeten gleichmäßig über einen Kamm geschoren werden, mag ich nun nach Wien gehen oder nicht; denn sind jetzt Bedingungen von Preußen überhaupt zu erlangen, so werden sie meiner Überzeugung nach, für alle gleich günstig oder gleich ungünstig ausfallen; wenn aber Preußen von Österreich und dessen Verbündeten Bedingungen verlangt, die diese nicht eingehen können, so wird der Krieg wieder aufgenommen werden, bis später unser Schicksal nach irgend einer Richtung entschieden ist. Dann glaube ich ferner, daß Napoleon, von dem ich aus sicherer Quelle weiß, daß er über den jüngsten Erfolg der preussischen Waffen wahrhaft erschreckt ist, selbst im Interesse Frankreichs nie zugeben wird, daß Preußen auf Kosten Österreichs und der übrigen deutschen Monarchen zu mächtig werde. Irre ich hierunter nicht und sollte Preußen sich den napoleonischen Ansichten nicht fügen, so würden wir in Napoleon den wichtigsten Verbündeten für uns gegen Preußen bekommen, und dessen letzteren Vergrößerungspolitik bald ein Ende nehmen. Außerdem kann ich auch nicht verhehlen, daß, nachdem ich dem Kaiser Franz Josef meinen Besuch in Wien angekündigt — ein Gedanke, der nach meiner Ansicht nach dem Siege und der leider unvermeidlichen Kapitulation zu Langensalza ein richtiger war, — auch der Kaiser die Aussicht meines Kommens mit Freuden begrüßt, es jetzt, wo er im Unglück ist und ich nicht erscheine, geradezu aussieht, als ob ich mich jetzt von ihm abwenden wolle und mich nur in seinem Glücke an ihn angeschlossen hätte.

Gewiß werden Sie sich wundern, daß nach Entwicklung dieser meiner Anschauung und bei meiner Ihnen bekannten Gewohnheit, mich, wo ich etwas für Recht erkenne, nicht von andern beeinflussen zu lassen, ich nur einen Augenblick mit meiner Reise zaudere. Aber da in Hannover, wie man mich versichert, allgemein und übereinstimmend eine so entsetzliche Besorgnis über meine Reise nach Wien herrscht und namentlich, wie ich oben schon bemerkte, auch bei den einsichtsvollsten Menschen, so vermochte ich, der ich ja auch eben die augenblicklichen Verhältnisse in Hannover nicht würdigen kann, nicht allein die Verantwortlichkeit zu übernehmen, und wünsche deshalb, daß Sie mit dem Grafen Bremer, der mit am entschiedensten meine gegenwärtige Politik theilt, die ganze Angelegenheit erwägen. Da ich, wie Sie wissen, das unbedingtste Vertrauen in Ihr Urtheil setze, so wünsche ich, daß Sie, nach Anhörung und Prüfung der Gründe für und wider, mir ihre innige Überzeugung darüber schriftlich aussprechen.

bleiben Sie bei der Ansicht, daß es am besten, nach Wien zu gehen, so dürfte dieser Aufschub von wenigen Tagen von gar keiner Bedeutung gewesen sein.

Ich verbleibe, Ihrer Antwort entgegensehend

Ihr freundlichst wohlgeneigter
(gez.) Georg R.

Billa Braunschweig, Hiesing, den 30. Juni 1867.

Am 27. Juni, am Jahrestage des von Gott uns so gnädig und glorreich verliehenen Sieges von Langensalza, war es schon meine Absicht, an Sie zu schreiben, um Ihnen zuvörderst die Versicherung auszusprechen, wie dankbar ich mich immer der kräftigen Unterstützung erinnern werde, die Sie mir bei dem Kriegsrat im Schützenhause zu Langensalza nach der gewonnenen Schlacht gewährten, als ich den entschiedensten Widerstand den unglaublichen Zumutungen entgegensetzte, die mir — allerdings nicht zum ersten und nicht zum letzten Male nach Beginn unsres Feldzuges — von Seiten des kommandierenden Generals meiner im Felde befindlichen Truppen gestellt wurden; allein der Empfang einiger Deputationen und mehrerer Personen — unter letzteren der beiden jüngst von Paris abgereisten Offiziere, welche so freundlich waren, hierher zu kommen, mir ihre teilnehmenden Glückwünsche zu diesem Tage zu bringen und mir Ihre Mittheilungen überbrachten, haben mich davon abgehalten.

Dann aber auch, um Ihnen auszudrücken, wie aufrichtig ich das rastlose und fruchtbringende Streben anerkenne, mit welchem Sie fortwährend bemüht sind, nach allen Richtungen hin für meine geheiligte Sache in Frankreich und Paris zu wirken.

Ihre sämtlichen Berichte und Briefe, deren Inhalt ich mit einem nie zu beschreibenden Interesse gelesen, befunden dieses in allem Maße; ebenso die vortreffliche Haltung und das vorzügliche Wirken unsres Organes, welches gewiß zum großen Theile Ihrer unermüdlischen Thätigkeit zuzuschreiben ist.

Den 2. Juli.

Besonders liegt mir am Herzen, daß Sie persönlich von mir erfahren, daß ich sogleich den Herrn empfangen, für welchen Sie mit Recht gewünscht, daß ich ihm eine Audienz erteilen möchte. Anfangs freilich wollte ich seine Überkunft hierher nicht; gewiß nicht aus Angstlichkeit für mich, wie Sie bestimmt bei mir niemals vorausgesetzt haben werden, sondern nur aus Rücksicht für den Herrn selbst und seine Wirksamkeit für die Zukunft, die ich mir auf das dringendste unter allen Umständen zu erhalten wünsche. Da unser Feind aber vorzugsweise auf ihn fahndet und wir hier in unsrem Orte von Spähern umgeben sind, glaubte ich, daß sein Fernbleiben vorsichtiger wäre. Als er nun aber einmal angelangt, lag mir alles daran, ihn zu empfangen, theils um ihm für die Vergangenheit zu danken, theils für die Zeiten, die uns bevorstehen, anzufeuern, vor allem aber, um ihm mündlich über das Geschehene das folgende zu sagen, was mich nun auch vorzugsweise verlangt, Ihnen auszusprechen, nämlich, daß, wenngleich der gethane Schritt sowohl in der Theorie als auch anscheinend als verfrüht zu bezeichnen sein möchte, ich doch denselben so recht sichtlich von der göttlichen Vorsehung als absichtlich zum Heil unsrer Sache gefügt betrachte. Denn einmal ist den Franzosen und der französischen Regierung auf das Unzweideutigste dadurch bewiesen, wie die Schilderungen, die Sie und der Hauptmann v. Düring und die Ihr überhaupt über die Stimmung, den Geist und die Absicht im hannoverschen Volke gemacht, nicht nur allein wahr, sondern eher hinter der Wirklichkeit zurückgestanden, als daß sie übertrieben gewesen; und ferner haben die jüng-

ften und verschärften Verfolgungen, die unsre Unterdrücker seit dem letzten Schritt ergriffen, wie aus allen Theilen des Landes übereinstimmend berichtet wird, Gott sei Dank, entschieden dazu beigetragen, bisher Wankelmütige und Gefinnungslose zur richtigen Einsicht zu führen und die, dem Himmel sei Dank, überwiegende Zahl der Treuen in ihrer Liebe, Anhänglichkeit und Ergebenheit für mich und ihr angestammtes hannöversches Vaterland, sowie für die Wiederherstellung unsrer Selbstständigkeit und Unabhängigkeit zu befestigen und zu steigern. Die einzigsten Besorgnisse, von denen ich befürchtete, daß sie als nachtheilige Folgen für zukünftiges Handeln im Lande hinterbleiben könnten, hat mir der gedachte Herr genommen.

Das allein noch überbleibende Unangenehme und Unerwartete ist die Ausweisung der geflüchteten Hannoveraner aus Holland. Diesem wird aber doch, so Gott will, leicht abzuhelpen sein.

Nachdem ich vorgestern diesen Brief begonnen, brachte mir der Staatsminister Graf Platen Ihr letztes Schifffretelegramm, das die Ankunft des großen Rodin in Paris meldete, die mir außerordentlich auffallend ist. Sonntag, den 9. Juni, erzählte er mir, daß er wegen des Zustandes seiner Leber auf einige Tage nach Karlsbad, dann aber wegen unaufschiebbarer Geschäfte nach England müsse, daß er aber in Folge einer Aufforderung des Ministers v. Beust, während des dortigen Aufenthalts des Kaisers von Oesterreich und des Ministers selbst in Paris anwesend sein solle. Als Minister Graf Platen dem Herrn v. Beust diese Äußerung Rodins erzählte, erwiderte Herr von Beust, daß er ihn nicht dazu aufgefordert, sondern daß Rodin dieses vorgeschlagen und er ihm nur geantwortet, daß, wenn derselbe zu dieser Zeit in Paris anwesend sei, es ihm Vergnügen machen werde, ihn dort zu sehen. Mit einem Wort, Herr v. Beust gab an, den Vorschlag des Rodin evasiv beantwortet zu haben. Als Rodin sich nun Dienstag Abend den 11. bei mir beurlaubte, wiederholte er mir die Phrase, daß es der Wille des Herrn von Beust sei, daß er nach Paris gehe, und fragte mich, ob ich dies wünsche; worauf ich ihm antwortete, daß, wenn Beust ihn nach Paris haben wolle, derselbe ihm seinen Wunsch wohl bestimmt zu erkennen geben würde; wenn aber Rodin seine Reise dahin von mir abhängig machen wolle, so möge er zuvor bei mir von England aus darüber anfragen, da ich erst nach näherer Überlegung ihm meine desfallsige Entscheidung zukommen lassen könne. Dagegen rate ich ihm aber entschieden, wenn er die Kur in Karlsbad gebrauchen wolle, diesen gefährlichen Brunnen nicht ohne zuvorigen ärztlichen Rat zu trinken und ließ ihn den Namen eines Arztes, den er darum befragen solle, aufschreiben. Jetzt erhalte ich, Sonnabend den 29. abends, also etwa 12 Stunden vor Einlaufen Ihres Telegramms, einen Brief Rodins aus Karlsbad, worin er schreibt: „Sehr zu meinem Bedauern bin ich gezwungen, Karlsbad morgen zu verlassen und so schnell als ich kann nach England zurückzukehren, aber ich habe Baron Beust versprochen, während des Besuchs des Kaisers in Paris zu sein.“ Und nun auf einmal befindet er sich jetzt schon plötzlich in Frankreichs Hauptstadt, während der Kaiser und sein Reichkanzler — zu welcher neuen Würde er den Herrn v. Beust in diesen Tagen erhoben — frühestens erst Ende Juli dort ankommen können.

In diesem Benehmen Rodins liegt, wenn er nicht bloß nur auf einer

Durchreise durch Paris begriffen, für mich etwas Befremdendes und Argwohn erregendes, zumal nach den Mittheilungen und Andeutungen, die Sie mir über die Ziele gegeben, die Rodin unter dem Vorwande, für mich zu wirken, verfolgt. Seine Äußerungen und sein Auftreten hier nach seiner Rückkehr von Paris im Monat März erweckten schon den Verdacht in mir, daß er in seinem Streben für Hannover eine Beseitigung zu Gunsten jemand anders im Auge hatte. Nun, während seiner jetzigen Anwesenheit vor 14 Tagen theilte er mir als große Neuigkeit mit, von Veust erfahren zu haben, daß Bismard die Annectierung Hannovers bereue; hieraus glaubte er für bestimmt annehmen zu können, daß letzterer Hannover wieder herausgeben werde. Als ich ihm darauf erwiderte, daß dieses freiwillig nie geschehen würde und könne, und wenn es überhaupt möglich, es günstigsten Falles nur unter gleichen Verhältnissen, wie die gegenwärtig im Königreiche Sachsen obwaltenden geschehen könne, antwortete er nun wieder, lasse man Bismard nur mit Vorschlägen hervortreten, dann können wir schon unsre Gegenbedingungen vorlegen. Ich begegnete diesem mit der Bemerkung, daß alle Projekte in dieser Richtung mir als kindische Träume erschienen, ich aber daher nur als Zeitverlust betrachtete, sich damit abzugeben; und abgesehen davon, daß es albern sei, an die Aufstellung von Gegenbedingungen zu denken, wo es an Macht gebreche, sie durchzusetzen, würde es einen Zustand schaffen heißen, der für König, Volk und Reich ein Unglück sein würde. Außerdem nun, daß diese ganze Idee von Rodin durchaus unzweckmäßig und lächerlich ist, kann er, wenn sie überhaupt sein Ernst, auch hierbei wieder, da er mich kennt, an mich nicht gedacht haben. Genug, das ganze Treiben dieses Mannes wird mir täglich unheimlicher und Verdacht erregender. Es scheint mir daher dringend geboten, daß Sie alles anwenden, mit Belegen zu ermitteln, was der gedachte Herr überhaupt, namentlich in der Angelegenheit Hannovers zu erreichen gesucht, und daß Sie ihn in dieser Richtung streng beobachten. Hiermit möchte ich Sie besonders beauftragen.

Einen Brief des Ministers Grafen Platen, worin derselbe Ihnen aufgibt, über die Ausführbarkeit eines von ihm ausgehenden Vorschlages zu berichten, werden Sie jetzt bereits erhalten haben. Neugierig bin ich, ob dieser Gedanke zweckdienlich und durchführbar ist; oder ob es nützlicher und zweckmäßiger, daß statt dessen der Vater später persönlich sich einstellte. Merkwürdigerweise sah ich vor zwei Tagen einen Brief, worin erzählt wird, daß dieses im Vaterlande sehr gewünscht werde, und zwar, daß der Vater gleichzeitig mit dem Kaiser Franz Josef in Paris anwesend sein solle. Diese gleichzeitige Anwesenheit halte ich nicht für empfehlenswert, schon allein damit es nicht eine Ekklipsierung gebe, wie bei der gleichzeitigen Anwesenheit des Kaisers von Rußland und des Königs von Preußen.

Mit Spannung sehe ich Ihrem Berichte über diese verschiedenen Gegenstände entgegen.

Meine stets gewesene und stets bleibende unerschütterliche Zuversicht, daß der Dreieinige Gott in seiner nie endenden Gerechtigkeit mein Reich und Thron wird wieder auferstehen lassen und mich als König in aller Selbstständigkeit und Unabhängigkeit meinen Landen wiedergeben, steigert sich immer mehr von Tag zu Tag, von Augenblick zu Augenblick, bekräftigt

durch alle von Ihnen dafür angeführten Einzelheiten und Gründe, die ich in allem Maße theile. Nur halte ich es für wahrscheinlicher, daß Frankreich den Krieg im Frühjahr 1868 als im bevorstehenden Herbst oder Winter beginnen wird. Auch halte ich es für wünschenswerter, da es dadurch immer noch mehr Zeit gewinnt, sich vorzubereiten, um dann, so Gott will, mit größerer Aussicht auf Erfolg den entscheidenden Schlag auszuführen. Für Oesterreich möchte ich eine größere Bürgschaft für ein thatkräftiges Eingreifen und für ein erfolgreiches Wirken haben, sobald der Augenblick zum Handeln, der dann an dasselbe herantritt, gekommen sein wird. Gott sei Dank, fängt der Kaiserstaat an, sich wieder im Innern zu befestigen, und dadurch wächst wieder das Selbstvertrauen. Wolle der Allmächtige, daß Oesterreich gründlich wiederhergestellt sei, ehe es thätig sich nach außen wenden muß. Dann ist vom Herrn aufrichtig zu ersehen, daß das Heer wieder völlig neu gebildet und gekräftigt und ein tüchtiger Feldherr, sowie begabte Führer überhaupt gefunden werden, bevor dieser Zeitpunkt eintritt. Alle Anzeichen sind da, daß Beust ein Bündniß mit Frankreich wünscht und erstrebt. Da aber die Reorganisation Oesterreichs im Innern, wenn auch im Werden, doch noch nicht vollendet, die noch erforderliche Erneuerung und Verbesserung im Heere mir aber leider noch weit zurück zu sein scheint, so bleibt mir die Besorgnis, daß Beust versuchen wird, in Paris ein thätiges Entgegentreten gegen unsern gemeinschaftlichen Feind thunlichst in die Länge zu schieben, oder aber, wenn er durch die Macht der Verhältnisse gezwungen wird, handelnd aufzutreten, Oesterreich nicht mit der Kraft und mit der Siegesgewißheit einschreiten wird, wie man es wünschen möchte. Indes das schlechteste Gelingen unsrer geheiligten Sache ist nach meinem Dafürhalten nicht davon abhängig; denn Frankreich hat ein großes Interesse, die gegenwärtigen Verhältnisse in Preußen und Deutschland, und zwar thunlichst bald, zu vernichten, nöthigenfalls selbst ohne die Mitwirkung Oesterreichs; und so gut wie es im Anfange dieses Jahrhunderts durch alleiniges und thatkräftiges Vorgehen es vermocht, ganz Europa, mit Ausnahme Großbritanniens, für seine Sache zu gewinnen, kann es, wenn Gott es will, dieses in einem bevorstehenden Kriege, vorausgesetzt, daß Rußland und Großbritannien neutral bleiben, um so eher wie damals, weil es jetzt für einen ganz andern Zweck kämpfen würde als zu jener Zeit. Unter Napoleon dem Entel kämpfte es in erobernder, unter Napoleon dem Neffen in befreiender Absicht, und hat, was damals weniger der Fall war, mit Ausnahme der altpreussischen Provinzen, das Mitgefühl und die Zustimmung aller deutschen Völker. Und wo diese Gesinnung sich noch nicht gleich kundgeben kann, wird sie, namentlich nach errungenen ersten Erfolgen, hervorbrechen, und mittlerweile dürfte Oesterreich auch so weit gelangen, um für die gute Sache mitwirken zu können.

Ich verbleibe Ihnen freundlichst wohlgeneigt

Georg R.

Villa Braunschweig, Hiezing, den 7. November 1867.

Empfangen Sie meinen herzlichsten Dank für Ihren überaus interessanten Brief vom 28. v. M., sowie für die später abgesendeten Berichte und Telegramme, die sämtlich richtig hier eingegangen sind. Wäghaft verschlungen habe ich die belehrenden Einzelheiten dieser Mittheilungen.

In Ihren Anschauungen stimme ich durchaus mit Ihnen überein. Diese Versicherung meinerseits wird Ihnen auf das entschiedenste beweisen, daß Sie mit der Äußerung in Ihrem Briefe, wie Sie unter dem Segen Gottes für den Sieg unsrer geheiligten Sache unbedingt auf meine rastlose Thätigkeit, unerschütterliche Festigkeit und unbeugsame Thatkraft stets bauten, mir nur vollkommene Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Von unermesslicher Wichtigkeit ist und bleibt es, wenn es Ihnen, wie ich mit Gottes Hilfe hoffe, gelingen wird, zwei Anleihen zu ermöglichen, eine für den Übergang bis zur Aktion, und die zweite für jene Zeit selbst. Sie werden am genauesten die Importance dieses Schrittes zu schätzen und würdigen wissen. Stehen mir volle Mittel zur Verfügung, so weiß ich mich in allem ungelähmt und die gänzliche Fessellosigkeit, nach meinem Willen unbeschränkt handeln zu können, ist es, was ich bedarf und wonach ich verlange.

Dann ist mir die Bürgschaft verliehen, im richtigen Augenblick für die Vollbringung meines Zweckes eingreifen zu können. Und daß alles davon abhängt, daß derselbe nicht versäumt werde, um daß unter Gottes Beistand alles gelinge, ist mir so klar, als den Passagieren in Norderney, daß sie nicht um die beabsichtigte Zeit sicher nach Hause kommen, wenn sie den Moment des Abganges des Dampfschiffes verfehlen. Wenn auch dieses Gleichnis hinkend sein dürfte, so werden Sie doch genau verstehen, was ich mit demselben zu sagen beabsichtigte.

In sieben Viertelstunden, 4 $\frac{1}{2}$ Uhr, werden der Kaiser und Beust, von Paris zurückkehrend, in Wien eintreffen. Ich bin neugierig, was sie in Frankreichs Hauptstadt endlich beschlossen, und bitte Gott, daß sie es mir offen und erschöpfend mitteilen.

Was Sie mir über P. G. v. S. und die vom schieligen Engländer ihm eingepfropfte Hoffnungslosigkeit schreiben, überrascht mich gar nicht; wenngleich der junge Mann in seinen Briefen das Gegenteil durchblicken läßt, ist er einestheils zu unverläßlich, daß man auf seine Äußerungen, und andernteils zu wenig Charakterfest, daß man darauf bauen könnte, daß der Umgang mit einem solchen Manne ihn nicht verführen sollte.

Grüßen Sie P. G. v. S. von mir und sagen Sie ihm, wie ich es in seinem eigenen Interesse dauernd für geboten hielte, Wien zu meiden, falls es in seiner Absicht liegen sollte, hierher zu kommen.

Ich vertraue diesen Brief dem Lieutenant Schwarz an, der mündliche Aufträge von mir an H. v. D. hat. Georg R.

Infolge der gütigen Anerbietung des Kaisers hat meine Königin seit dem 30. v. M. den Schönbrunner Stöckl bezogen, und da der Raum dort meine Aufnahme nicht zuläßt, bleibe ich nach wie vor in der Villa Braunschweig wohnen. Die Prinzessinnen wohnen bei der Königin, der Kronprinz bei mir. Georg R.

Villa Braunschweig,

Hiebing, Donnerstag, 21. November 1867.

Finanzassessor Elster, dem ich diese Zeilen dictiere und der dieselben Ihnen persönlich überbringen wird, sende ich nach Paris, um auf das schnellste und bündigste das finanziell technisch auszuführen, was, Gott sei es gedankt, so vollkommen nach meinem Wunsche eingeleitet. — Ferner soll er

auf diesem selben Gebiet Besprechungen mit ihnen pflegen, die für die Zukunft die vollkommenste und erschöpfendste Durchführung meines Willens nach finanzieller Seite hin sichern sollen. Sie sehen also hieraus, wie recht Sie darin gehabt, auf ein schnelles und thatkräftiges Wirken meinerseits zu bauen, und so Gott es will, werde ich rastlos mit der erhöhtesten Entschiedenheit und ohne Anhalten weiter wirken, bis wir das Ziel erreichen, welches unter des Dreieinigens Gottes Beistand und Segen uns den endlichen und bestimmten Sieg verbürgen und verleihen wird.

Das Hinausschieben der Aktion ist mir persönlich besonders erwünscht; ich erblicke es als eine Gnade des Herrn, weil es mir die Zeit vergönnt, mich vollkommen vorzubereiten, und eben diesen Fund will ich treu verwerten, mit- hin jeden Augenblick die Frist, die mir geschenkt wird, gewissenhaft benutzen, um beim ersten Trompetenstoß vollkommen gerüstet dazustehen. Ich bin sehr gespannt, in welcher Himmelsrichtung das Gewitter zuerst aufziehen wird; höchst wahrscheinlich jezt im Süden, also jenseits der Alpen. Es kann aber eben so leicht ganz wo anders und durch ganz andere Veranlassungen entstehen und herbeigeführt werden, da die Erfahrung uns schon so oft gelehrt, daß die Vorsehung die Dinge ganz anders geleitet, als die feinsten und umsichtigsten Politiker es berechnet haben. Meine Geduld reißt nie, von der Wahrheit durchdrungen, daß der göttliche Lenker unsrer Geschichte allein die richtige Stunde unsrer Erlösung weiß und sie bestimmt dann auch herbeiführen wird. Alles kommt mir aber darauf an, daß meinerseits nichts versäumt wird, was die Pflicht für meine heilige Sache erheißt und daß der Allmächtige um Jesu Christi Willen sie schließlich siegen läßt. Drum nur hinauf geschaut und auf Gott vertraut!

Empfangen Sie meinen freundlichen Dank für Ihren Brief vom 17., den ich aus den Händen empfangen, denen Sie denselben anvertrauten.

Ich vermag die Ansicht nicht zu teilen, die Sie den Überbringer beauftragt haben, mitzutheilen. Nach Ihrem Vorschlag würde gerade das herbeigeführt werden, was Sie zu vermeiden wünschen. Finanzassessor Elster wird Ihnen mündlich einiges mittheilen, was ich, da sich ein solcher Weg der Vermittelung darbietet, der vollkommensten Vorsicht wegen vorziehe, anstatt es schriftlich zu Ihrer Kenntnis zu bringen.

Ihr wohlgeneigter

Georg R.

Villa Braunschweig, Hiesing, den 1. Juli 1868.

Für Ihre Berichte, welche mir stets das lebhafteste Interesse bereiten, danke ich Ihnen vielmals und bitte ich Sie ja, darin fortzufahren. Auch für Ihre teilnehmenden Glückwünsche zu meinem Wiegenfeste bin ich Ihnen sehr verbunden.

Lassen Sie mich Ihnen noch die Versicherung aussprechen, daß die Äußerung in Ihrem letzten Schreiben bezüglich des Siegestages von Langensalza meinem Herzen wahrhaft wohl gethan; und ist es ein dringendes Verlangen meines Gemüthes, Ihnen zu bezeugen, daß ich nie des Zeitabschnittes vom 15. bis 30. Juni, und also auch des 27. selbst gedenken kann, ohne mich der thatkräftigen Dienste zu erinnern, die Sie mir damals geleistet haben.

Mit unerschütterlichster Zuversicht baue ich auf Gottes allwaltende Ge-

rechtigkeit, daß er aus dem ruhmvollen Tage von Langensalza glorreichere Siege für unsre geheiligte Sache in der Zukunft wird hervorgehen lassen.

Ihnen freundlichst wohlgeneigt

(gez.) Georg R.

N. S. Ich übersende Ihnen durch Herrn von Harling ein Exemplar der Denkmünze, welche ich zur Erinnerung unsrer silbernen Hochzeit für die, welche persönlich an dem Feste teilgenommen, habe prägen lassen.

Villa Thun, Gmunden, Mittwoch den 2. September 1868.

Flügeladjutant, Hauptmann von Düring hat mir Ihren Brief vom 13. v. M. bei seiner Ankunft hier in Gmunden pünktlichst übergeben; auch habe ich Ihre sämtlichen überaus interessanten Berichte richtig erhalten, und bezeuge Ihnen sowohl für Ihr Privatschreiben als auch für Ihre offiziellen Mitteilungen meinen herzlichsten Dank.

Mit Freuden ergreife ich die Gelegenheit, die sich durch die Rückreise des Hauptmanns v. Düring darbietet, um Ihnen auf Ihre verschiedenen schriftlichen Einsendungen zu erwidern, und muß zuvörderst auf die in Ihren Zeilen vom 13. bezüglich des Herrn v. Düring berührten Punkte bemerken, wie ich erst aus Ihrem Briefe erfahren habe, daß man behauptet haben soll, daß Sie, um den Hauptmann v. Düring aus Paris zu entfernen, eine Mißstimmung gegen denselben hervorgerufen und nährten. Mir war hierüber nie etwas zu Ohren gekommen, und ich würde, wäre es geschehen, diesem Gerüchte von vornherein keinen Glauben geschenkt haben. Dagegen, daß zwischen meinem Flügeladjutanten und den in Paris weilenden hannöverschen Offizieren eine Mißstimmung obwalten solle, diese Nachricht ist mir zuerst hier in Gmunden durch Herrn v. Holle zur Kenntnis gebracht. Bei der Persönlichkeit des Hauptmanns v. Düring war mir dies nicht recht erklärlich und habe ich zu meiner unendlichen Freude durch den Hauptmann v. Horwig selbst, hier in Gmunden, vernommen, daß, mit Ausnahme von einem oder zwei Fällen, wo nach des Hauptmanns v. Horwig Ansicht Hauptmann von Düring die dienstliche Kompetenz des ersteren strenger hätte beachten können, auch diese Behauptung gänzlich unwahr sei. Genug, Sie werden vollkommen ersehen, daß auch in diesem Falle, wie fast immer, entweder gänzliche aus der Luft gegriffene Erfindung oder arge Übertreibungen diesen Nachrichten zu Grunde lagen.

Ihre dienstlichen Berichte ergeben deutlich, daß die Lage und die Verhältnisse der Kaiserlichen Regierung überhaupt, sowie die der napoleonischen Dynastie und des Kaisers insbesondere gegenwärtig derartig sind, daß es nur eines Funkens bedürfte, um den Krieg herbeizuführen; daß derselbe für den Kaiser erwünscht sei, und daß dieser sich vollkommen in der Lage befinde, denselben aufzunehmen. Dies bestätigt von selbstverständlich mir immer wieder von neuem die Notwendigkeit, meinerseits um Gottes willen mit allen Dingen auf das Vollkommenste fertig und bereit zu sein, damit wenn die Vorsehung für gut befindet, den casus belli herbeizuführen, ich augenblicklich bei der Hand bin, als Verbündeter dem Kaiser zur Seite zu stehen, um mit Hilfe seiner mächtigen Unterstützung mein gutes Recht und das von Deutschland unter des Herrn Beistand erkämpfen und ersiegen zu können. Demgemäß

habe ich mit dem auf meinen besonderen Befehl hierher nach Gmunden gekommenen Hauptmann v. Düring gearbeitet, und wird derselbe Sie in meinem Auftrage mündlich zu einer Arbeit auffordern. Nachdem in einem Entwurfe Sie politisch und Hauptmann v. Düring militärisch dieselbe vollendet, wünsche ich, daß, wenn die geschäftlichen Verhältnisse es zulassen, Sie dann persönlich von Paris unmittelbar hierher nach Gmunden herüberkommen, um mir dieselbe zu unterbreiten, damit ich dieselbe dann mit Ihnen und Grafen Platen berate, mit Zuziehung des Kronprinzen und des Geh. Kabinettsrats Lex. Sollte die politische Lage aber Ihr persönliches Erscheinen hier unthunlich machen, was ich tief beklagen würde, so müßte ich Sie dann bitten, den Hauptmann v. Düring, *saute de mieux*, als Referent Ihrer Arbeit herüberzusenden.

Ich bin selbst im Begriff ein *Mémoire* zu verfassen, und werden Sie, bei Ihrer von mir zu erhoffenden Anwesenheit persönlich dann erwägen können, ob dessen Inhalt sich gegenwärtig schon verwerten läßt.

Indem ich Sie bitte, falls Sie die Gelegenheit haben sollten, die Prinzessin Mathilde zu sehen, mich ihr vielfach zu empfehlen, verbleibe ich Ihnen besonders freundlich wohl geneigt.

Georg R.

Villa Braunschweig, Hiesing, Dienstag, den 2. Februar 1869.

Es drängt mich Ihnen persönlich für Ihre vier Privatschreiben vom 14., 18., 20. und 24. v. M. nebst Beilagen, sowie für Ihren offiziellen Bericht vom 28. mit den demselben beigelegten Drucksachen herzlich zu danken.

Da ich, Ihren beiderseitigen Diensteifer kennend, mir vorzustellen vermag, wie Sie sowohl wie Herr v. Düring sich Sorge darüber machen, nicht jetzt schon herüber kommen zu können, so beeile ich mich, Ihnen die beruhigende Versicherung zu erteilen, wie glücklicher Weise Umstände eingetreten sind, die zur Förderung meiner Sache, der Sie sich einmütig so eifrig widmen, Ihr gegenwärtiges Verbleiben in Paris dringend erheischen. Binnen 14 Tagen werden Sie die Gründe davon erfahren und beauftrage ich Sie, wie Major v. Düring, Paris nicht eher zu verlassen, bis Sie weitere Befehle von mir erhalten haben.

Sehr gespannt bin ich auf Ihre ferneren Berichte, sowie überhaupt auf die weitere Entwicklung der politischen Verhältnisse mit dem zunehmenden Frühjahr. Ich wage zu vermuten, daß wir erst nach Vollendung der Neuwahlen zum französischen gesetzgebenden Körper ein klares Bild von dem erhalten werden, was das Jahr in seinem übrigen Verlaufe uns bringen wird.

Fürwahr sagen Sie mit Recht, daß man in der That nicht glauben sollte, daß die Regierung und die Ständeversammlung eines großen Staates sich begeben, eine so unwürdige Komödie zu spielen, wie es bei dem Berichte der Sequestrations-Kommission geschehen ist. Jetzt wird die Darstellung der Verhandlungen in dem preussischen Hause der Abgeordneten darüber ebenfalls nach Paris gelangt sein, und werden Sie wiederum mit mir übereinstimmen, wie es unsäglich ist, daß eine solche Verwirrung von Rechtsbegriffen in den Abgeordneten eines Volkes und Landes bestehen kann, welches sich als an der Spitze der Intelligenz stehend selbst so gerne preist, und leider fast überwiegend so gerne von den Gelehrten Deutschlands als der Hauptträger und Ver-

treter deutscher Kultur und deutschen Wissens gerühmt wird. Ich für meinen Teil danke Gott aus tiefstem Herzensgrunde für jedes Wort, was aus dem Munde meiner Gegner in der preussischen zweiten Kammer gefallen ist, indem diese Debatte mächtig dazu beitragen muß, die Welt zu überzeugen, daß Rechtlichkeit und Rechtsbewußtsein, welcher letztere Punkt der wesentliche Maßstab der Bildung eines Volkes ist, bei den Vertretern dieses Volkes gänzlich fehlt, mithin das preussische Volk sich nicht auf der Stufe der wahren Intelligenz befindet, Preußen daher am wenigsten fähig und berufen ist, deutsche Kultur zu repräsentieren und zu fördern. Uebrigens bin ich auch dem Allmächtigen für jede Äußerung meiner Widersacher bei jener Verhandlung auf das innigste erkenntlich, weil jedes von meinen Feinden gesprochene Wort gewiß wesentlich dahin wirken wird, die Nichtigkeit ihrer Rache und die Gerechtigkeit der meinigen den Augen der Welt zu enthüllen, und dem Geiste der gesitteten Menschheit zu beweisen. Welche Gewalt das Recht besitzt, und daß Macht über Recht gewaltlos ist, beethätigt Graf Bismarcks Wut und die der preussischen Volksvertreter bei jener Gelegenheit. Der Minister einer Regierung und die Abgeordneten eines Landes, das über mehr als eine Million Bajonette zu verfügen sich brüstet, würden nicht dergestalt über einen entthronten Monarchen und 1400 waffenlose Emigrierte toben, und solche Maßregeln gegen dieselben anordnen, fühlten und wüßten sie nicht, daß die Gerechtigkeit meiner Sache mir und meinem Volke mehr Macht und weiter tragende Waffen verleiht, als die Gewalt des preussischen Königs und die seines und des Norddeutschen Bundes Heeres Bajonette; schützend über mein und meines Volkes und Landes Recht thront und wacht ein allmächtiger und ewig gerechter Gott, der zu seiner Zeit der Schlechtigkeit und Willkür Halt gebieten wird, und das Regiment derer wieder einsetzen wird, denen er dasselbe von Alters her verliehen. Darum sagen vor allem mein Volk und ich: wenn Gott für uns ist, wer kann wider uns sein?

Indem ich Sie bitte, dem Major v. Düring meine teilnehmendsten Wünsche zu seiner Genesung auszusprechen, verbleibe ich Ihnen besonders freundlich wohl geneigt

Georg R.

N. S. Fast hätte ich vergessen, Ihnen zu erzählen, wie ich die Mitteilung erhalten habe, daß eine Somnambule kürzlich ausgesagt hat, daß in kurzer Zeit von Seiten der Preußen ein Versuch gemacht werden würde, Papiere, welche meine Angelegenheit betreffen, habhaft zu werden. Ihnen und Düring theilte ich dieses mit, damit Sie beide um so vorsichtiger mit Ihren Akten sein mögen. Die Ihnen bis auf die kleinste Einzelheit bekannten Depeschendiebstähle in Berlin und der vor 6 Wochen hier in der Reichskanzlei bei dem Grafen Beust geschehene Einbruch, der einstimmig dem preussischen Polizeidirektor Stieber zugeschrieben wird, beweisen um so mehr, wie man alle Ursache hat, diese Angabe einer Hellsehenden nicht unbeachtet zu lassen.

Leid war es mir, eine Änderung in den Diätensätzen der Betreffenden vornehmen zu müssen, vor Ihrer und des Majors v. Düring Überkunft hierher. Nervus rerum ist aber hierbei eine vis major gewesen, mit der unmöglich geögert werden durfte. Uebrigens glaube ich, daß die an sich unvermeidliche Maßregel die Beteiligten nicht schwer treffen wird.

Villa Thun, Gmunden, Sonntag, den 13. Juni 1869.

Empfangen Sie nun meinen wärmsten Dank für die innigen Glückwünsche, die Sie mir in Verbindung mit den übrigen treuen Hannoveranern zu meinem Geburtsfeste dargebracht.

Bornehmlich bitte ich Sie aber auch meiner besonderen Erkenntlichkeit für die Mühe versichert zu sein, der Sie sich unterzogen, um den Zwist, der zwischen Herrn v. Holle und meinen in Paris weilenden Offizieren so bedauerlich bestanden, glücklich und friedlich beizulegen.

Ich empfing Herrn v. Holle am 19. Mai in Gegenwart des teuern Kronprinzen in einer vier Stunden währenden, und am 21. in Gegenwart des Geh. Rabinetsrats Lex in einer kürzeren Audienz. Seine konziliante Stimmung war mir sehr erfreulich, und namentlich war ich darüber außerordentlich glücklich, wie er davon vollkommen überzeugt ist, daß meine Entscheidung nur von der strengsten Gerechtigkeit und Unparteilichkeit geleitet worden. Ich weiß, daß diese klare und richtige Einsicht desselben vorzüglich Ihren Bemühungen zu danken ist.

Mit unendlichem Interesse und vorzüglicher Befriedigung habe ich den ausführlichen Bericht der am 30. Mai in St. Dizier stattgefundenen Taufe meines Paten, des Sohnes des Herrn Ernest Chilot, gelesen. Die Kundgebungen seitens der Stadt und der einzelnen bei dieser Feier bethätigten auf die rührendste Weise die glühende Teilnahme für unsre geheiligte hannoversche Sache.

Daß die Wahlen für die kaiserlich französische Regierung so erwünscht ausgefallen, ist von unendlicher Wichtigkeit, und dürfte dieser Umstand die Vereitelung jedes Versuches Preußens, eine definitive Regelung der gegenwärtigen Verhältnisse mit Frankreich herbeizuführen, verbürgen.

Auf das vollkommenste haben Sie meinem Willen entsprechend verfahren, als Sie die wahnsinnigen Vorschläge, die Ihnen in jüngster Zeit unterbreitet und von denen Sie mir Mitteilung gemacht, mit Entrüstung zurückgewiesen. Ich ermächtigte Sie, einmal für allemal, alle dergleichen Propositionen mit dem unwiderrüßlichen Nein zu beantworten, da ich, wie Sie wissen, nur das eine Ziel mit der strengsten Konsequenz und nie ermattender Energie verfolge, unter Gottes gnädigem Beistand und Segen, ein großes und mächtiges Belsenreich wieder herzustellen und meinen Thron wieder aufzurichten, sowie, von den teuern Meinigen umgeben, als König in alter Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu meinem teuern und so beispiellos treuen Volke heimzukehren, überdies aber auch mit des Allmächtigen Hilfe meinen Thron und mein Reich mit eignen Waffen, als Verbündeter Frankreichs und Oesterreichs, mir wieder zu erobern.

Daß Pastor Grote in Frankreich unter den Emigrierten thätig und mit diesen zufrieden, beglückt mich unbeschreiblich zu wissen; nur bedauere ich, daß seine Amtswirkksamkeit an dem Grabe eines im Wasser verunglückten treuen Landeskindes hat in Anspruch genommen werden müssen.

Ich verbleibe

Ihnen freundlichst wohl geneigt

Georg R.







KODAK GRAY SCALE



C	Red-Filter Negative	Cyan Printer	M	Green-Filter Negative	Magenta Printer	Y	Blue-Filter Negative	Yellow Printer
----------	---------------------	--------------	----------	-----------------------	-----------------	----------	----------------------	----------------



KODAK COLOR CONTROL PATCHES



These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.